

Der „Lübeker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 14 Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 3,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mk., Reklamen 12,00 Mk.
Geschäftsstelle: Johannisstr. 46.
Fernruf: 926.

TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübeker Volksbote

Nummer 20.

Donnerstag, den 23. März 1922.

29. Jahrgang.

Der Wortlaut der Entscheidung über die deutschen Zahlungen.

60 Milliarden neue Steuern!

Dr. L. Lübeck, 23. März.

Die in vollem Wortlaut vorliegende Entscheidung der Reparationskommission gibt unseren gestrigen Befürchtungen Recht. Politischer Kuhhandel hat aufs neue wirtschaftliche Einsicht verschüttet. Zwar bestätigt der endgültige Zahlungsplan die früheren Angaben darüber; es bleibt im wesentlichen bei den in Cannes festgelegten Zahlen. Gegenüber den bisherigen Verpflichtungen bedeutet das eine weitgehende Erleichterung — wie gestern an dieser Stelle ausführlich dargelegt wurde.

Aber in einem anderen Punkte hat die Entscheidung eine Überraschung gebracht, eine Überraschung unheimlicher Art. Unter den Garantieforderungen, die ja bekanntlich die Bedingung für die Gewährung der Zahlungserleichterung überhaupt sind, erscheint eine Forderung, die alle bisherige Voraussicht über den Sanierungsfortschritt, die gesamte Erfüllungs- und Verständigungspolitik gefährdet, und die deutsche Regierung aufs neue in den Strudel der Zahlungslosigkeit schleudern wird.

Schon seit Tagen waren in französischen Zeitungen die Andeutungen durchgestreift, die Reparationskommission werde eine Erhöhung der im Reichstag vorliegenden neuen Steuern um 50 Prozent verlangen. Niemand nahm diese Gerüchte ernst. Jetzt kommt die Entscheidung, und nicht nur 50 Prozent Zusatzsteuern werden gefordert, sondern mehr als 100 Prozent. Die Entente fordert nicht mehr und nicht weniger als den völligen Ausgleich des deutschen Haushalts. Nach dem vorliegenden Voranschlag fehlen rund 120 Milliarden Papiermark; die Zwangsanleihe wird davon voraussichtlich 60 Milliarden decken. Es bleiben also rund 60 Milliarden, und für diese fehlenden 60 Milliarden soll der Reichstag bis zum 31. Mai dieses Jahres neue Steuern beschließen.

Man überlege! Nach monatelangem Verhandeln, nach verzweifelterm Suchen und jähem Ringen haben sich die Reichstagsparteien auf knapp 50 Milliarden einigen können. Und nun sollen im Handumdrehen 60 weitere Milliarden bewilligt werden. Wozu noch eine Erhöhung? Die neuen Steuern sollen sich automatisch einer fortschreitenden Entwertung der deutschen Mark anpassen.

Weiter verlangt die Reparationskommission fortlaufende Rechenschaftsberichte über die Ausschreibung und den Eingang der Steuern, und sie behält sich vor, von sich aus Anordnungen über den deutschen Haushalt zu treffen, wenn ihr das Geleistete nicht genügen sollte. Sie wäre also berechtigt, die Ausschreibung bestimmter Steuern zu verlangen, und auch nach Belieben im deutschen Haushalt Ausgaben zu verringern oder zu streichen. Nimmt man dazu noch die Forderung der Kontrolle der deutschen Ausfuhr, der Ueberwachung des Devisenverkehrs, der völligen Lösung der Reichsbank aus der Oberaufsicht des Reichsfinanzministers, so ergibt sich ein Bild düsterer und kurzschäftiger Uvernunft. Selbst die Türkei und Ägypten haben in ihrer trostlosesten Vergangenheit als Staaten mit fremdländischer Verwaltung der dette publique (öffentlichen Schuld) nicht unter so schlimmer Fuchtel gestanden, als sie Deutschland durch die Entscheidung der Reparationskommission jetzt droht.

Über eines muß man sich klar werden: Deutschlands Finanzhoheit, und damit seine staatliche Unabhängigkeit, ist schwer bedroht. Das deutsche Selbstbestimmungsrecht ist nur noch ein Gelächter, wenn irgend ein Ausschuß in Paris oder sonstwo dem Reichstag diese oder jene Steuer zu dem und dem Tag vorschreiben kann; oder wenn er diese oder jene Summe aus dem deutschen Haushalt streichen kann. Wer soll für solche Maßnahmen denn die Verantwortung tragen? Die deutsche Regierung kann es doch nicht, denn der Befehl geht ja von einer ganz anderen Stelle aus. Diese Stelle aber, die Reparationskommission, drückt sich von der Verantwortlichkeit, indem sie ganz unmögliche und ganz unbestimmte Forderungen aufstellt, um für deren Wüßlingen dann Deutschland verantwortlich zu machen.

Neue Wollen des Unheils sammeln sich über dem schwergeprüften Europa. Noch befinden sich die Siegerstaaten in ihrer militärischen Kasernen, an der Spitze Frankreichs. Noch glauben sie mit Einmütigkeit und

Ultimatum die verweltende Weltwirtschaft meistern zu können. Noch glauben sie, mit diplomatischen Noten und unvernünftigem Säbelgerassel die Welt nach ihrem Willen lenken zu können. Wie lange noch? Nur ein traurig-schwacher Trost bleibt uns gegen diese Uvernunft. Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft wird die Abenddämmerung für das gesamte Europa einleiten. Eng umschlungen werden die Völker des Abendlandes am Boden des Abgrundes wirtschaftlicher Auflösung zerschmettern.

Vorläufig aber wird die Mark ihren munteren Abstieg fortsetzen. Die deutsche Zahlungsfähigkeit wird damit von Tag zu Tag geringer; die Arbeitslosigkeit in den Siegerstaaten aber wird ins Ungemessene steigen. Und schließlich wird aus der allgemeinen Verwirrung kein noch so schmaler Ausweg mehr ins Freie führen.

Aber was kümmert das Nationalisten und Militaristen? Wenn sie nur ihr drohendes Maulheulen der Welt ausdrängen können! Wer kennt sie nicht, die hunkelhaften Automaten und höhlköpfigen Kriegervereinshelden ohne Vernunft und Sinn, die mit dem aufgesperrten Maul des quakenden Froches jedes vernünftige Einreden abhacken und niederbrüllen? Von ihnen muß die Welt sich säubern! Ueberall — vorher bleibt Gesundung nur Traum. Solange sie Beschlüsse fassen, die Welt beherrschen, solange werden die Völker der Qual der Selbstzerfleischung, der allgemeinen Verelendung niemals entrinnen. Große Aufgaben harren hier noch der arbeitenden Völker aller Länder!

Uebrigens — zum Schluß sei es gesagt — ist Deutschland an der so plötzlich hereingebrochenen Krise nicht ganz unschuldig. Die deutsche Steuerpolitik war nicht entschlossen und großzügig genug, um dem gewaltigen Anspruch des Augenblicks zu genügen. Nicht umsonst hat die Sozialdemokratie die Sachwertreform gepredigt. Die bürgerliche Mehrheit hat sie unmöglich gemacht. Jetzt naht das Verhängnis! Voraussichtlich wird mancher der anderen Seite jetzt die Kurzsichtigkeit der schroff ablehnenden Politik gegen diese einzige Möglichkeit zur Fortführung der Erfüllung einsehen. Aber jetzt ist es zu spät; auch hier wieder erhebt dieses unglückselige Wort, wie so oft seit 1914, seinen warnenden Klang. Wenn wir wenigstens für die Zukunft lernen wollten; für den Augenblick ist die Unterlassung doch nicht mehr gutzumachen.

Für den Augenblick ist nur eines möglich: Verhandeln — Zeit gewinnen — aufs neue verhandeln. Solche Politik mag traurig und beschämend zugleich sein; sie ist aber die unerbittliche Folge der begangenen Fehler und zugleich der einzige Ausweg.

Der Wortlaut der Note.

W.B. Paris, 21. März.

Die Entscheidung der Reparationskommission geht dahin, daß Deutschland 1922 720 Millionen Goldmark in bar und für 1450 Millionen Goldmark in Sachlieferungen zu leisten hat. Bis jetzt leistete Deutschland 281.948.000 Goldmark; infolgedessen sind noch 438.051.000 Goldmark zu bezahlen, und zwar wie folgt: 18 Millionen am 15. April, je 50 Millionen am 15. Mai, 15. Juni, 15. Juli, 15. August, 15. September und 15. Oktober; je 60 Millionen am 15. November und 15. Dezember. Von den Sachlieferungen gehen 950 Millionen Goldmark an Frankreich, der Rest an die übrigen Alliierten. Als Sachleistungen werden die Erträge des Recovery Act und alle durch ähnliche Dispositionen eingegangene Beträge der anderen alliierten Regierungen auf Grund der Entscheidung vom 3. März 1921 angesehen. Sollte eine Obstruktion der deutschen Regierung oder ihrer Organe in Sachlieferungen festgestellt werden, dann wäre der dadurch verursachte Fehlbetrag Ende 1922 in bar zu entrichten. Hinsichtlich der Finanzreform erklärt die Reparationskommission in einem an den Reichsminister gerichteten Schreiben, daß das Steuerkompromiß weder den Verpflichtungen Deutschlands, noch seinen Zahlungsmöglichkeiten entspreche. Die Reparationskommission stellt deshalb in klarer Weise fest, daß sie eine tiefgehende Finanzreform und ein Aufgeben der bisher begangenen Irrtümer erwarke. Der provisorische Ausschuß, der heute von der Reparationskommission für die Zahlungen des Jahres 1922 gewählt wurde, werde das Budget um ungefähr 45 Milliarden vermindern. Aber die Budgetberechnung sei auf die Kurze von 45 Papiermark für die Goldmark berechnet, während der Tageskurs 70 Papiermark sei. Das Nettobehalt von 126 Milliarden werde also weit überschritten werden, es sei denn, daß eine wesentliche Verbesserung des Wertes der Papiermark eintrete. Es sei er-

klärt worden, daß sich das Reich ansehe, eine innere Zwangsanleihe aufzulegen aber der Reparationskommission sei kein Plan vorgelegt worden, der befriedigende Garantien dafür biete, daß den Verpflichtungen Genüge geleistet werden könne. Deshalb sei die Reparationskommission der Ansicht, daß die Lasten aus dem Friedensvertrage progressiv und schnell in das Budget aufgenommen werden müßten, und zwar im vollen Maße, in dem die Einkünfte Deutschlands es gestatten, und daß das Kapital Deutschlands die übrigen Lasten aufbringen müsse, entweder auf dem Wege von Anleihen oder direkter Besteuerung. Die Reparationskommission glaube, daß schon das Budget für 1922 einen bedeutenden Teil der herabgesetzten Zahlungen decken und der andere Teil durch eine Kapitalsteuer aufgebracht werden müsse. Um diese Aufgabe der deutschen Regierung zu erleichtern, sei die heutige Entscheidung getroffen worden. Es müsse aber wohl verstanden werden, daß der Zahlungsplan für 1922 nur provisorisch und dessen endgültige Aufrechterhaltung von der strikten Beobachtung der Bedingungen abhängig sei, die Deutschland auferlegt würden. Diese Bedingungen seien folgende: 1. Was das Budget betrifft: a) Alle in der Note der deutschen Regierung vom 28. Januar angeführten Maßnahmen, für die der Zeitpunkt festgelegt sei, müßten zum festgesetzten Datum ergriffen werden. Sollten diese Fristen nicht auf den Augenblick eingehalten werden, dann müßten diese Maßnahmen innerhalb 14 Tagen erfolgen; b) die neuen Steuern und Lasten, die im Programm vom 26. Januar 1922 aufgeführt und in Deutschland unter dem Namen „Steuerkompromiß“ bekannt seien, müßten vor dem 30. April angenommen und in Kraft gesetzt werden; c) die deutsche Regierung müsse unmittelbar einen Zusatzsteuere Entwurf ausarbeiten und in Kraft setzen, wodurch im Laufe des Budgetjahres 1922/23 eine Summe von mindestens 60 Milliarden Papiermark, zuzüglich der Einnahmen, die das gesamte Budget vorzieht, erbracht werden. Dieser Gesetzentwurf müsse vor dem 31. Mai 1922 angenommen und in Kraft gesetzt sein und müsse den Eingang von 40 Milliarden Zusatzeinnahmen vor dem 31. Dezember 1922 sicherstellen.

Diese neuen Steuern müßte die deutsche Regierung auswählen, jedoch wünsche die Reparationskommission, daß ein Budget geschaffen werde, das, wenn möglich, eine neue komplizierte Steuerveranlagung vermeide. Deshalb fordert die Kommission die deutsche Regierung auf, ein System anzunehmen, wodurch der Belastungsschlüssel sich automatisch im Verhältnis der zukünftigen Erhöhung der deutschen Schuld, gegenüber der Reichsbank, und im Verhältnis des Sinkens der Kaufkraft auf dem inneren Markte erhöhe.

2. Was die Kontrolle betreffe: Alle gesetzgeberischen und Verordnungsmaßnahmen auf Grund der getroffenen Entscheidung der Reparationskommission sind dieser sofort mitzuteilen. Ueber die Ausführung der Maßnahmen steuerlicher Art, die zur Realisierung des vorgeschriebenen aufgestellt werden, soll zwischen den Delegierten der deutschen Regierung und der Reparationskommission verhandelt werden. Die Reparationskommission werde durch den Garantieausschuss eine ziemlich umfangreiche Kontrolle ausüben lassen, damit sie in jedem Augenblick genaue Rechenschaft über die Ausführung der Steuererhebung, namentlich aber über den Eingang der Steuern, ablegen könne. Die Reparationskommission werde Deutschland nötigenfalls auffordern, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die festgestellten Mängel abzustellen. Sie behalte sich ihre Entscheidung für den Fall vor, daß nach der Bewilligung der angemessenen Frist nicht die als genügend erachteten Maßnahmen ergriffen worden seien. Die Entscheidungen der Reparationskommission erstreckten sich auf die Ausgabenverminderung. Hierfür sei vorgesehen, daß im April eine Revision des Ausgabenbudgets erfolgen soll. Außerdem wird verlangt, daß bis zum 30. April das Projekt einer inneren deutschen Anleihe vorgelegt und in das Stadium der Bedingungen für die Auflegung der äußeren Anleihe eingetreten werde.

Schließlich soll bis zum 30. April das Gesetz gegen die Kapitalflucht, ein Programm über die Kontrolle der Auslands- und Ausfuhrdevisen und das allgemeine Programm zur Sicherstellung und Rückgabe des Gegenwertes der deutschen Ausfuhr ausgestellt werden. Der Kontrollausschuss hat sich mit der deutschen Regierung auf ein Verfahren festgelegt, um die Kontrolle über die Ausfuhr und den Eingang von Devisen wirkungsvoller zu gestalten. Um die Rückkehr der bereits ausgeführten Kapitalien zu ermöglichen, wird die Reparationskommission eine besondere Prüfung vornehmen.

Endlich wird verlangt, daß vor dem 31. Mai gesetzgeberische Maßnahmen getroffen werden und eine Wirtschaftsstatistik wirtschaftlicher und finanzieller Art bekannt zu geben. Die Reparationskommission behält sich vor, noch auf die einzelnen Fragen die Augenblicklich in der Schwebe sind, in einer besonderen Mitteilung zurückzukommen.

Um die Umsatzsteuer.

Reichstag.

193. Sitzung, Mittwoch, den 22. März, 2 Uhr.

Die Regierung erklärt sich bereit, eine Interpellation der Deutschnationalen wegen Festlegung der deutsch-polnischen Grenzen durch die interalliierte Kommission in der geschäftsordnungsmäßigen Frist zu beantworten.

Der Rechtsausschuß hat den Gesetzentwurf über die Vereinfachung von Steuern mit Preußen unversändert angenommen und dem Reichstag folgende Entscheidung vorgelegt: „Der Reichstag hält die Aufrechterhaltung des Landeswaldes mit einer guten Gliederung des Reiches nicht für vereinbar und erachtet die Reichsregierung, in Verbindung mit der preußischen Regierung wegen einer Aufhebung des Abzessionsvertrages mit Mecklenburg und einer Einverleibung Waldlands in Preußen unter Anhörung der Waldbesitzer die erforderlichen Schritte einzuleiten.“

Es folgt die zweite Beratung des Kapitalverkehrssteuergesetzes, das in sich die Gesellschaftsteuer, die Wertpapiersteuer, die Börsenumsatzsteuer, die Aufschlagssteuer und die Gewerbeschaffungssteuer vereinigt. Die Kapitalverkehrssteuer soll all das erfassen, was durch die übrigen Gesetzentwürfe noch nicht erfaßt wurde. Der Reichtempel soll durch die Gesellschaftsteuer von 5 auf 7½ Prozent erhöht werden. Der Satz ermäßigt sich bei Gesellschaften m. b. H. mit einem Stammkapital bis zu 100 000 Mark auf 3 %. Die Wertpapiersteuer steht für Obligationen einer Steuerlast von 2 % fest, für inländische Schuldscheine und Rentenverschreibungen 3 %, für ausländische 2 % und für die übrigen Wertpapiere 7½ Prozent. Die Börsenumsatzsteuer will die Privatgeschäfte an der Börse besonders bestrafen. Die Aufschlagssteuer beträgt 20 % der Aufschlagsanteile.

Der Ausschuß hat diesen Vorläuf zugestimmt, dagegen die Ablehnung der Gewerbeschaffungssteuer beantragt.

Die Abg. Bernheim (Soz.), Herr (USP.) und Koenen (Komm.) fordern eine Verschärfung der Steuerlasten, u. a. auch die Erhöhung der Aufschlagssteuer auf 50 %. Die sozialistischen Anträge werden abgelehnt, und die Vorlagen nach den Ausschüßanträgen angenommen.

Es folgt dann die zweite Beratung der Novelle zum Umsatzsteuergesetz.

Die Regierungsvorlage wollte neben anderen Verschärfungen den Steuerlasten um 1¼ auf 2¼ % erhöhen. Der Ausschuß beantragt eine Erhöhung auf 2 %. Die Inferatensteuer soll nach der Höhe der Inferateneinnahmen gestaffelt werden. Der Steuerlast beträgt bei den ersten 200 000 Mark der Einnahme innerhalb eines Kalenderjahres 1 %, erhöht sich bei den nächsten 200 000 Mark auf 1½ % von den nächsten 200 000 Mark werden 2 %, von den weiteren 200 000 Mark werden 2½ %, von abwärts 200 000 Mark 3 % und von den nächsten 100 000 Mark 3½ Prozent und darüber hinaus 4 % erhoben.

Die Umsatzsteuer erhöht sich auf 10 %, wenn das Endprodukt für den Tag oder die Nacht 40 % oder mehr beträgt. Zur Erleichterung der Umsatzsteuerpflichtigen Gegenstände im Sinne einer wesentlichen Einschränkung des Umfanges der Steuerpflichtigen Gegenstände sind zu lassen, wobei die hochwertigen deutsche Arbeitsstoffe zu schützen ist. Falls die neue Fassung nicht bis zum ersten Oktober des Jahres des Reichstages vorgelegt wird, treten Verfügungen über die Umsatzsteuer außer Kraft.

Abg. Arndt (Dem.) fordert Befreiung der Privatier von Handelssteuern von der Umsatzsteuer. Abg. Hammer (Dnat.) tritt für möglichste Schonung der deutschen Qualitätsarbeit ein.

Abg. Dr. Brecht (USP.): Die Umsatzsteuer hat im Jahre 1921 nicht weniger als 9½ Milliarden erbracht, 3½ Milliarden mehr als der Vorschlag und das, obwohl sich 40 % aller Umsätze dem Zugriff entziehen haben. Diese weitgehende Möglichkeiten sich von der Steuer zu drücken, ist ein Beweis dafür, daß das verschwendungliche Leben welches der Steuer in der Begründung ansetzt wird, unangebracht ist. Die Umsatzsteuer ist die rohste aller Steuerformen. Sie belastet den Übergang einer Ware von einer Hand in die andere ohne Rücksicht auf ihren Wert und die wirtschaftliche Kraft des Abnehmers. Die Umsatzsteuer soll 21 Milliarden einbringen, die Einkommensteuer dagegen nur 23. Die Preissteigerung wird zur Begründung der Umsatzsteuererhöhung angeführt, obwohl die Preissteigerung Ursache genug ist, eine weitere steuerliche Belastung des Umlages der breiten Massen zu vermeiden. Der Reaktion ist es wieder gelungen, auch in diesem Steuerrecht eine Bevorzugung der Großindustrie durchzuführen. Der Umsatzsteuer sollen auch die Genossenschaften aller Art unterworfen werden. Wir beantragen die Befreiung der Genossenschaften und berufen uns dabei auf das Wort des ehemaligen Reichskanzlers, Dr. Brüning: „Genossenschaftliche Gemeinnützigkeit allein ist imstande, uns aus dem Verderben zu retten.“ Die heutige Art der Umsatzsteuer ist unrentabel. Sie muß auf eine andere Grundlage gestellt werden. Der Ertrag der Steuer ist nicht so groß, kann aber unter Umständen doch zu einer Schädigung der Industrie führen. Der Steuereinkommen fordert dann noch eine energiegelbe Bekämpfung der Schlemmerei, die steuerlich nicht erfaßt werden kann, und betont nochmals die grundsätzliche Abneigung seiner Partei gegen das Prinzip der Umsatzsteuer, die eine unerhörte Belastung der Bevölkerung darstellt.

Abg. Harleib (Soz.): Auch meine Partei kann sich mit dem Gedanken und dem Prinzip der Umsatzsteuer nicht befriedigen. Wenn sie aber trotzdem für das Umsatzsteuergesetz stimmt, so tut sie es, weil wir im gegenwärtigen Augenblick unter einem bestimmten Zwang handeln. Wenn man sich schon einmal zur Einstimmigkeit bekennt, dann muß man auch dem Staate die Mittel bewilligen, die er braucht, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Auch die Unabhängigen und die Kommunisten haben sich durch ihre Anträge zum Prinzip des Umsatzsteuergesetzes bekannt. Die Unabhängigen beantragten, daß der alte Prozentfuß wieder erhoben wird, und die Kommunisten wollten eine Umsatzsteuer von ¼ %. Anzeichen ist der antizipale Charakter der Umsatzsteuer bei den Unabhängigen erst in den letzten Wochen entdeckt worden. Warum haben sie sich für die Unabhängigen nicht schon im Jahre 1919 die Beibehaltung der Umsatzsteuer verlangt? Wenn man von der Befreiung der Genossenschaften spricht, dann darf man nicht so tun, als handle es sich um einen Umwandlung der Bevölkerung mit einer neuen Steuer von 2 % zu beladen. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Erhöhung der Steuer um ¼ %. Wenn wir nicht im Zeitalter der Marterzeit leben, dann hätte es einen Sinn zu behaupten, daß diese Erhöhung der Umsatzsteuer eine ungeheure Belastung des wertigen Volkes bedeutet. Aber im Zeitalter der Marterzeit ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die Umsatzsteuer zu der jetzt beantragten Höhe von 2 % schon vor Monaten auf den Verhandlungstisch gekommen wäre. Die Bevölkerung trägt also diese neue Belastung schon seit längerer Zeit. In Zukunft muß die Regierung es als höchste Pflicht betrachten, daß die Umsatzsteuer zu solchen Anträgen erhoben wird. Bislang ist das leider nicht geschehen. Der Steuerzuschlag, das Handwert zu legen, wäre sehr einfach, wenn die zuständigen Behörden mit der nötigen Geschäftlichkeit gegen das gemißachtete Treiben vorgehen würden. Die Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer wäre nur ein Akt der Menschlichkeit gewesen. Diese Entschlossenheit kommt den Unabhängigen und Kommunisten leider viel zu spät. Sie hätten im Jahre 1919 vernünftiger handeln, was sie heute als notwendig erkennen. Eine Befreiung der Genossenschaften...

lichen Genossenschaften können wir im Hinblick auf die glänzenden finanziellen Verhältnisse der Landwirtschaft nicht zugeben. Entwurfsentwürfe von der Umsatzsteuer zu befreien, soweit es sich um Invaliden, Kriegsschädigte und sonstige kleine Leute handelt, die keine fremder Personen gegen Entgelt in ihrem Betriebe beschäftigen. Die Kommunisten haben keine Berechtigung, uns wegen unserer Stellung zu belästigen, denn in den Ländern, in denen ihre politischen und wirtschaftlichen Ideale inzwischen angeht, die Bevölkerung ist für diese Maßnahmen mit der Umsatzsteuer um das Tausendfache härter belastet als bei uns. Wir unterstützen die Bestrebungen, die die Zulassung einer Revision unterziehen wollen. Augenblicklich fallen eine ganze Reihe von Artikeln unter die Bestimmungen der Umsatzsteuer, wodurch die Arbeiterschaft sehr erheblich geschädigt würde, weil der Abschlag der in Frage kommenden Industrien eine Verminderung erfahren wird. Notwendig ist, daß unter allen Umständen die sog. Schlemmersteuer in einer anderen Form wieder eingeführt wird. Man hätte der Vorlage der Regierung über diese Bestimmungen annehmen können, wenn nicht durch die Dreiteilung der Gesellschaften eine Unsicherheit in das wirtschaftliche Leben hineingetragen worden wäre, die für unser Wirtschaftsleben nicht gering ist. Die Ablehnung der Schlemmersteuer für die Gesellschaften erfolgte aber auch, weil die Schlemmereien in privaten Haushalten nicht erfaßt werden konnte. Die Milliarden, die aus der Umsatzsteuer herausgeholt werden sollen, bedarf der Staat, und darum ist es Pflicht gegenüber dem Lande, die Steuer trotz aller prinzipieller Bedenken zu bewilligen. (Beif. Beifall bei den Soz.)

Die Unabhängigen haben inzwischen einen Antrag auf namentliche Abstimmung über den grundsätzlichen Paragrafen gestellt. Abgeordneter Kiefer schlägt vor, diese Abstimmung Donnerstag vorzunehmen. Abg. Schulz-Bromberg widerspricht diesem Vorschlag, und das Haus beschließt, die Abstimmung noch heute vorzunehmen.

Abg. Max Radwik (Komm.) lehnt als Arbeitermutter und Hausfrau die Umsatzsteuer ab, weil sie nicht nur das ganze Wirtschaftliche sondern auch das Familienleben schädigt. Die Kasse dieser Steuerbelastung wird Rot und Krankheit in den Kinderreichen Kammer sein. An die Stelle der Umsatzsteuer muß eine unmassendere Progresssteuer gestellt werden.

Abg. Sölllein (Komm.): Die Sozialdemokratie genehmigt die Umsatzsteuer, weil sie nicht den Interessen der Arbeiterschaft dienen will. Sie misst alle sozialdemokratischen Prinzipien über Bord und brüht Verb. Pöbel und August Bebel mit ihrer Befürwortung der indirekten Steuern an die Wand, daß sie quälenden (kürzlich) Heiterkeit im ganzen Hause. Wir beantragen die Ablehnung des Umsatzsteuergesetzes.

Abgelehnt wird der Antrag Sölllein und der Antrag der Demokraten über die Befreiung der Handelsvertreter von der Umsatzsteuer. Das gleiche Schicksal erleidet ein deutschnationaler Antrag auf Befreiung bestimmter Gegenstände von der Umsatzsteuer. Angenommen wird ein Antrag Behring (Dnat.) die Erleichterung der Kleinhandelswirtschaft, Kleinhändler, Kleinfachhandel bei der Entnahme für den eigenen Bedarf umsatzsteuerfrei zu lassen. Abg. Koenen (Komm.) verlangt Steuerbefreiung für die Genossenschaften. Abg. Goldmann (USP.) unterstützt diesen Antrag. Abg. Koenen (Soz.) weist ausdrücklich den Anträgen der Korredner nachdrücklich hin, daß bei der Schaffung des Umsatzsteuergesetzes weder die Unabhängigen noch die Genossenschaften selbst eine solche Forderung erhoben haben. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag der Steuerfreiheit für die Genossenschaften mit 58 gegen 267 Stimmen abgelehnt. Annahmen wird der § 13, der die Umsatzsteuer auf 2 % festsetzt. Die Unabhängigen hatten beantragt sie auf ¼ % zu bemessen.

Im weiteren Verlauf der Aussprache beantragt Abg. Koenen (Komm.), den Ertrag der Umsatzsteuer zu sozialen Zwecken zu verwenden. Vor der Abstimmung bezweifelt er die Beschlußfähigkeit des Hauses. Die Festlegung der Beschlußfähigkeit des Hauses muß durch Namensaufruf erfolgen. Abg. Lehrenbach (Zit.) schlägt vor, zur Zeitersparnis die Beschlußfähigkeit durch Sammelstimme festzusetzen. Die Kommunisten widersprechen. Darauf stellt Abgeordneter Kiefer die Beschlußfähigkeit des Hauses fest (es sind inzwischen viele Abweerde in der Saal gekommen). Der Antrag Koenen wird abgelehnt. Bei der Inferatensteuer befürwortet Abg. Bruhn (Dnat.), die Inferatensteuer für die ersten 200 000 Mark des vierjährlichen vereinnahmten Entgelts auf 1 %, für die nächsten 200 000 Mark auf 1½ % zu bemessen. Darüber hinaus soll die 2 % Steuer in Kraft treten. Abg. Koenen (Komm.) widerspricht diesem Antrag. Abg. Herr (USP.) tritt für die Ausschüßvorlage ein.

In zweiter Lesung wird die Inferatensteuer abgelehnt. Die Inferate unterliegen künftig der Umsatzsteuer.

Auf Antrag des Ausschusses wird Artikel 8a angenommen, wonach die Abgrenzung der mittelsteuerpflichtigen Gegenstände im § 16 vereinfacht werden soll. Da die neue Fassung bis zum 1. Oktober 1922 dem Reichstag vorgelegt werden muß, so treten die Vorschriften über Umsatzsteuer außer Kraft. Nach Artikel 3 soll die Fassung des Umsatzsteuergesetzes vom 1. Januar an in Kraft treten.

Zu namentlicher Abstimmung wird ein Antrag der Deutschnationalen mit 150 gegen 119 Stimmen abgelehnt, bei 11 Stimmenthaltungen der Kommunisten, wonach das Gesetz erst am 1. April 1922 in Kraft treten soll. Es bleibt also bei dem 1. Januar 1922.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr: Fortsetzung der Steuerbewilligung. Schluß 10 Uhr.

Orientbesprechungen zwischen England und Frankreich.

Paris, 23. März.

Die Orientkonferenz begann gestern nachmittag, nachdem der ganze Vormittag durch eine Besprechung zwischen Poincare und Lord Curzon ausgefüllt worden war. Der Ministerpräsident hat sich gestern ebenfalls ausführlich mit dem italienischen Außenminister Schanzer über alle Orientfragen besprochen. Die Tagesordnung der Konferenz ist folgender:

1. Die Revision des Vertrages von Sevres;
2. Die Beilegung des türkisch-griechischen Konfliktes. —

Chinesen-Attentat in Paris.

Paris, 21. März.

In der letzten Nacht hat ein chinesischer Student auf das Auto des chinesischen Botschafters Tschang Lo einen Revolveranschlag abgefeuert. Der Botschafter wurde nicht getroffen, dagegen der Direktor der chinesischen Eisenbahnen namens Tschang Hu, der sich in seiner Begleitung befand. Tschang Hu wurde am Kopfe leicht verletzt. Heute vormittag meldete sich der Täter freiwillig bei einem Polizeikommissariat und wurde verhaftet. Er heißt Lew Hu Lung. Bei der Verhaftung, die in seiner Wohnung vorgenommen wurde, wurden nach den Angaben des Polizeiberichtes zahlreiche bolschewistische Broschüren (?) und ein Bild

Denis gefunden. Der Täter erklärte, er habe seine hier lebenden Landsleute für die schlechte Behandlung, die sie durch den Botschafter erfahren hätten, rächen wollen.

Nach einem WTG-Telegramm ist der Delegierte Eisenbahndirektor Tschang Hu als chinesischer Delegierter für Genua bestimmt. Nach einem anderen WTG-Telegramm aus Paris, das allerdings überholt zu sein scheint, soll der Botschafter selbst getroffen worden sein. — Ueber einen ernsthaften Konflikt zwischen den chinesischen Studenten in Paris und ihrem dortigen Botschafter war bereits seit mehreren Wochen in der französischen Presse öfters die Rede, und es hatte auch kürzlich eine Demonstration der chinesischen Studentenschaft vor dem chinesischen Botschaftsgebäude in Paris stattgefunden.

Belgische Sozialisten gegen Versailles.

Am Sonntag trafen in Köln 25 Mitglieder der belgischen sozialistischen Parteischule ein, die in dieser Woche eine Studienreise durch das westdeutsche Industriegebiet unternehmen. Die Sozialdemokratische Partei Kölns veranstaltete aus diesem Anlaß im Würzenichsaal eine Kundgebung für die Internationale, bei der der Führer der belgischen Sozialdemokratie Henry de Man darauf hinwies, daß er mit seinen belgischen Freunden nicht nach Deutschland gekommen sei, um Freude zu haben an dem Bilde der hier herrschenden Verelendung, da das belgische wie auch das französische und englische Volk ebenfalls unter den Folgen des Krieges zu leiden hätte. Immer mehr scheine die Ansicht durchzubringen, daß kein Staat aus dem Weltkriege als Sieger hervorgegangen und daß es falsch sei, im Frieden den Krieg fortzusetzen zu wollen. Die Entwertung der Valuta habe zur Folge, daß die Arbeitslosigkeit in den Siegerstaaten größer sei als in den besiegten Ländern. Die Fortsetzung der Macht- und Bedrohungspolitik führe zum Bankrott. Alle Länder müßten zusammenarbeiten für die Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Westen Europas. Das Gebot für die Ententemächte sei, die Fragen der inneren Politik nicht mehr ohne Rücksicht auf die Interessen eines anderen Volkes, eines unterlegenen Staates, zu lösen. Die Kriegskosten müßten aus den Reparationen gestrichen werden, da diese sonst von Deutschland nicht bezahlt werden könnten, und ein tatkräftiger Wiederaufbau müßte sofort in die Wege geleitet werden. Henry de Man schloß seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der Forderung der Wenderung des Versailler Vertrages und der sofortigen Aufhebung der Besetzung des Rheinlandes.

Die französische Bauarbeiterabordnung, die Deutschland zum Studium für Bauhütten für den Wiederaufbau in Frankreich bereist, ist in Köln eingetroffen und hat verschiedene Siedlungen besichtigt. Der Aufenthalt der Abordnung, die unter der Führung des französischen Gewerkschaftsführers Louhauz steht, war nur von kurzer Dauer. Die französischen Gäste fuhren von da über Düsseldorf nach Essen weiter und werden sich dann nach Berlin begeben, wo sie mit der Reichsregierung eine Besprechung herbeiführen wollen.

Die deutsche Delegation für Genua.

Berlin, 23. März.

Die endgültige Zusammensetzung der deutschen Delegation für Genua ist bisher vom Reichskanzler nicht beschlossen worden. Wie der „Vorwärts“ berichtet, werden vorläufig als Hauptdelegierte der Reichsaussenminister Dr. Rathenau, der Reichswirtschaftsminister Schmidt und der Reichsfinanzminister Hermes in Aussicht genommen. Der Reichskanzler wird nur dann die Führung der Delegation übernehmen, wenn auch die Delegationen der Entente-Länder unter Leitung ihrer Kabinettschefs stehen. Die Hauptdelegation wird von Sachverständigen aus Handel und Industrie und aus den Gewerkschaften begleitet sein. Mit den notwendigen Hilfsdelegierten soll die deutsche Delegation ungefähr 60 Mann zählen. —

Abschluß der Ernährungskonferenz.

Für Beibehaltung der Zwangsirtschaft.

Berlin, 23. März.

Nach zweitägiger Beratung unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Huber wurde gestern die Ernährungskonferenz der deutschen Einzelstaaten geschlossen. Die Konferenz befaßte sich ausschließlich mit der Getreidefrage. Hier stand die Frage im Vordergrund, ob die Zwangsumlage beibehalten werden soll oder nicht. Das Reichsministerium selbst entschied sich in dieser Frage jeder Stellungnahme. Man gelangte zu einem übereinstimmenden Räum der Länder, das sich für die Zwangsumlage ausdrückt. Nur Bayern hat sich keine Stellungnahme noch vorbehalten.

Weitere Devisenhautfe.

Berlin, 22. März.

Die Haufe am Devisenmarkt setzte sich nach einseitiger Unterbrechung heute fort. Der Dollar schwankte zwischen 300 und 308. Amtlich-notierten: Kabel New York 304,50, London 1342,50, Holland 11 600, —. Am Effektenmarkt war das Geschäft sehr still, da es der Spekulation sowohl an Geld wie an Unternehmungslust fehlt. Man erwartet als Wirkung der neuesten Moratoriumsbedingungen eine verstärkte Inflation und Geldentwertung.

Die Aussperrung der bayrischen Metallarbeiter.

München, 23. März.

Die angekündigte Aussperrung der Metallarbeiter in den Betrieben der bayrischen Metallindustrie ist nunmehr allgemein erfolgt. In Nürnberg trat sie in sämtlichen Betrieben, die dem Verbande bayrischer Metallindustrieller angehören, bereits vorgestern in Kraft. Gestern wurde sie, mit Ausnahme von drei kleinen Betrieben, auch in Augsburg durchgeführt.

Die Kommunisten wollen höhere Diäten.

Ablehnung der Erhöhung durch die Sozialdemokraten.

Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft hat im Vorkommensauschuß des Reichstages eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Abgeordneten beantragt. Der Antrag wurde von den Unabhängigen unterstützt. Beide Parteien begründeten den Wunsch mit der Geldentwertung und

wiesen darauf hin, daß ähnliche Bestrebungen im Preußischen Abgeordnetentag vorhanden seien. Die sozialdemokratische Fraktion ließ erklären, daß sie nicht verkenne, daß die Aufwandsentschädigung hinter dem Sinken des Geldwertes zurückbleibe, aber sie sei dennoch dagegen, daß jetzt die Aufwandsentschädigungen erhöht werden. Der Reichstag müsse sozial berechnete Wünsche des Volkes mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Reiches zurückweisen. Da es nicht angehe, jetzt erneut die Aufwandsentschädigungen der Abgeordneten zu erhöhen. Man könne vielleicht einen Ausgleich für die hohen Aufwendungen der Abgeordneten während der mehrmonatigen Dauerhaltungen des Reichstages darin suchen, daß man dem Reichstag eine längere Sommerpause gewähre. Dies sei möglich, wenn sich alle Fraktionen die Beschränkung im Reden auferlegen, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich zu Pflicht gemacht habe.

Eine Programmsrede Severings. Die kommunistische Funkanlage.

In der am Dienstag im Hauptsaal des preußischen Landtages fortgesetzten Beratung des Ministeriums des Innern teilte Staatssekretär Dr. Freund mit, daß zurzeit von 430 Landräten 60, d. h. 15% benannte Anwesenheit sind. Das Oberpräsidium für Schleswig-Holstein soll endgültig nach Kiel kommen.

Reilmann (SD.) beklagte, daß die Demokratisierung der Verwaltung vor den Türen der Ministerien halt gemacht habe. Dr. v. Campe (D.D.) wünscht, daß das Ausführungsgeleit zum Artikel 18 der Reichsverfassung die Abplitterungsbestrebungen erheblich erschwere.

Minister Severing: Die Aufwindung einer kommunistischen Funkanlage in Berlin hat sich bestätigt. Mit den Kommunisten muß Sanktionen ererdet werden. Eine preußische Regierung, die diesen Namen verdienen will, muß bestrebt sein, Preußen zusammenzuhalten und die Bildung von Reichsprovinzen in Preußen zu verhindern. Das gilt auch für Oberschlesien. Bekannt im Osten die Abplitterung, dann gibt es keinen Halt mehr. Eine eigene Provinz Oberschlesien liegt auch nicht im schließlichen Interesse selbst. Gleich nach Ostern wird die neue Städteordnung eingebracht werden. Spätestens im neuen Frühjahr müssen eventuell auf Grund eines Rotenfehles Neuwahlen stattfinden. Eine Beizige und Banrens durch Preußen hat nicht stattgefunden. Der bayerische Minister hat in Berlin diesen Vorschlag zurückgenommen. Die Grenzfestsetzung durch die Vortraktanten im Weichselgebiet steht im Widerspruch mit dem Wortlaut des Friedensvertrages. Nach ihm hat Deutschland einen Anspruch auf einen Zugang zur Weichsel. Es soll versucht werden, auf Grund des Vertrages noch eine Änderung zu erreichen.

Bei der kommunistischen Funkanlage, von deren Aufwindung Severing sprach, soll es sich dem „B. L.“ zufolge um den Rest eines großen archaischen Nachrichtenwesens handeln, den die Kommunisten 1919 einrichteten. Im Laufe des Dienstags wurden eine Reihe weiterer Hausdurchsuchungen bei den Berliner Kommunisten vorgenommen, u. a. in den Büros der K.P.D., Rosenhaldenstraße, und in den Räumen der kommunistischen Betriebsrätezentrale, Münzstraße. Gleichzeitig erstreckte sich die Untersuchung auf die kommunistischen Zweigstellen im Reich. Es ist mit weiteren Verhältnissen zu rechnen. Die Postbehörde wird gleichfalls eine strenge Untersuchung gegen die durch die vorgefundenen Dokumente verdächtigten Postbeamten einleiten. Hoffentlich tut man bei dieser Untersuchung den Kommunisten nicht mehr Ehre an, als sie wirklich verdienen. Wir glauben nicht an die vielbesprochenen kommunistischen Kampfbereitungen. Polizeilicher Ueberreiter hat bisher immer das Gegenteil erreicht von dem, was er erreichen wollte. Er wird auch in Zukunft nur Propagandadienste für die kommunistischen Wählerkreise leisten. Und wenn dann noch die berühmten Schlaraffen der „untergeordneten“ Organe, wie man sich so oft herabsetzt, vorkommen, dann lachen sich die Kommunisten ins Fäustchen.

Der letzte König von Preußen.

Wer war der letzte König von Preußen? Auf diese Frage antwortet wohl jedermann: Wilhelm II. Die „Kreuzzeitung“ weiß es besser. Sie schreibt in einem Artikel zum 125. Geburtstag Wilhelm I.:

Gerade in der preußischen Frage hat König Wilhelm eine durch die Ueberlieferung von fünf Jahrhunderten seines regierenden Geschlechts ihm überkommene, fast prophetische Einsicht bewiesen, als er — und zwar diesmal im Widerspruch zu Bismarck — nicht lange vor Versailles die sorgenvolle Frage stellte: „Wo bleibt mein Preußen?“ Tatsächlich ist König Wilhelm, der in seiner greisen Majestät den Vater des Vaterlandes untergleichlich verkörperte und der in seiner demütigen Hoheit, wie uns Bismarck an vielen Stellen seines Wertes bezeugt, stets und überall sich königlich bewies, in mehr als einer Hinsicht der letzte König von Preußen gewesen.

Nach Wilhelm I. hat es also, das Urteil der „Kreuzzeitung“ läßt einen anderen Schluß nicht zu, keinen König von Preußen mehr gegeben, der sich „königlich bewies“. Die „Kreuzzeitung“ kommt damit unversehens von der Dolschlaglegende ab und ganz nahe an die geschichtliche Wahrheit heran, daß die Monarchie in Preußen-Deutschland an den Monarchen, das heißt an sich selber zugrunde gegangen ist.

„Kreuzzeitung“ und Eisernes Kreuz.

Die „Kreuzzeitung“ schluckt gestern Abend wieder eine Verächtigung, die ihr der Ministerpräsident, Genosse Braun, verächtigt hat. Sie hatte, wie wir schon feststehen, aus Verleumdung von Eisernen Kreuzen 1. Klasse im Jahre 1922 eine Verleumdung des Eisernen Kreuzes selbst gemacht. Sie kann sich dennoch nicht enthalten, weiterzulügen. Solch Agitationsdrehwerk ist für die reaktionäre Propaganda zu wertvoll, als daß sie ihn aufgeben möchte, nur weil man deswegen einigemal auf Maul geklopft worden ist. Das Blatt mit dem während der Revolution abhandenen Kommenen und später wiedergefundenen monarchistischen Wahlspruch bewahrt weiter, nicht nur, daß es recht, sondern auch daß Genosse Braun seine Rede im amtlichen Stenogramm „korrigiert“ habe. Dabei wird erneut unterschlagen, daß auch der Berichtstatter der „Kreuzzeitung“ über Brauns Rede völlig eindeutig schrieb: „Wenn jetzt drei Jahre nach Beendigung des Krieges diesen das Eiserne Kreuz 1. Klasse gegeben werden sollte, so wäre das

eine Unbilligkeit und Ungerechtigkeit gegen alle diejenigen, die es sich im Felde erworben haben. Diese Herrschaften haben in der Hauptquartiere gefressen. Durch die Bearbeitung der zahllosen Anträge, die der Berechtigung entbehren, ist nur Zeit für Bearbeitung berechtigter Anträge verlorengegangen. Das ist bedauerlich. Ich bin aber nicht bereit, das Possenspiel von neuem zu beginnen und den Schlußtermin nochmals zu verlängern. (Große Unruhe rechts, lebhafter Beifall links.)

Wir empfehlen den Genossen, sich dies Zitat der „Kreuzzeitung“ zu merken. Es wird wohl noch des öfteren zur Abwehr von Lügen über des Ministerpräsidenten Rede gegen die sinnlose Verteilung Eiserner Kreuze im Jahre 1922 gebraucht werden müssen.

Futterkrippe und Ministervaluta.

In der „Welt am Montag“ stellt Dr. Frosch die folgenden wehmütig-amüsanten Betrachtungen an:

Da ich ein Kindlein war — ach, es ist schon geraume Zeit her —, pflügten kleinbürgerliche Väter ihre strebsamen Söhne dadurch aufzuzuntern, daß sie sie auf den tüchtigen Heinrich von Stephan hinwiesen, der es bis zum Reichspostmeister gebracht hatte, obwohl er nur der Sohn eines Handwerkers war. Angesichts dieses Vorbilds brauchte auch der bescheidenste Jüngling nicht an der Möglichkeit eines Aufstiegs zu verzweifeln; es gab einen Weg, der aus der angeborenen Subalternität hinaufführte in die lichten Regionen der höheren Beamtenschaft und schließlich gar zu einem Gipfel; und wenn er auch schmal war und wenige ihn fanden, er war doch da und jedem offen. Freilich, eine Einschränkung war selbstverständlich: nur dem Sohne des Handwerkers blühte diese Möglichkeit, niemals dem Handwerker selbst. Wer einmal Handarbeit getan hatte, für den gab es keinen Ausweg nach oben; er flegte bis an den Tod im Kellergeruch des Daseins. Man hätte den für einen überlandideltel Phantasten gehalten, der damals prophezeit hätte, ein Sattlergeselle könne jemals der erste Mann im Reich werden und ein ganz gewöhnlicher Arbeiter einen deutschen Ministeressel zieren. Die Männer, die heute in den vierziger und fünfziger Jahren stehen, also auch der ältere Teil der höheren Beamten, sind alle in der Vorstellung groß geworden, daß solches bei uns unmöglich, ja undenkbar sei.

Man muß sich das vergegenwärtigen, um zu verstehen, wie haderlos es staunt heute noch, im vierten Jahre nach der Revolution, manche dieser Leute sind, wenn sie andre über sich fühlen, die sie ein Leben lang als hoffnungslos Plebejer betrachtet haben. Das übersteigt einfach ihre Fassungskraft. Es bedeutet eine Umwälzung aller Vorstellungen, nicht geringer als die Entdeckung des Kopernikus, daß die Sonne nicht ein bescheidener Planet, sondern der Souverän der bis dahin so stolzen Erde sei. Kann man verlangen, daß stetig gewordenen Gehirnen eine solche völlige Umstellung gelinge?

Aber die Tatsachen sind doch da, man kann nicht wegleugnen, was man mit Händen greift. Die frechen Emporkömmlinge sitzen in ihren Stellen und lassen sich nicht fortdisputieren. Höchst peinlich! Wie hilft man sich aus dieser Klemme? Es gibt zwei Notbehelfe, und je nachdem wählt man den einen oder den andern.

Entweder: man erklärt das Amt als Futterkrippe, als eine schöne Gelegenheit, sich komfortabel zu ernähren. Das tun die meisten Menschen gern. Und es ist ja auch nicht zu leugnen, daß die Gehälter ganz auskömmliche sind; die sie ehemals allein bezogen, wissen das nur allzu gut. Auch fallen unter Umständen allerhand schätzbare Nebenvorteile ab. Es ist gar nicht zu verachten, wenn man als Minister z. B. Wein bedeutend billiger beziehen kann als die gewöhnlichen Sterblichen; denn zu einem guten Bißchen schmeckt ein guter Trunk, und er schmeckt doppelt, wenn er nicht viel kostet. Auch der Besitz einer großen Dienstwohnung ist eine Annehmlichkeit, die man sich gefallen lassen kann; und wenn siebzehn Zimmer noch nicht genügen, der ist reif zum Reichsminister. Es sind ja nun zufälligerweise keine ehemaligen Handwerker oder Arbeiter, die die Vorzüge der Futterkrippe entdecken; aber vielleicht lernen auch sie die Sache beim richtigen Ende anfassen. Bisher haben sie das noch nicht genügend heraus. Sie sind noch nicht einmal so weit gediehen, sich durch die Annahme einer großen Stellung lebenslanglich versichern zu lassen, indem sie mit dem Ausscheiden aus dem Amt fette Pensionen schlucken. Weder die einstigen Volksbeauftragten haben auf diese Art für ihr Alter vorgesorgt, noch die drei sozialdemokratischen Reichstagsler Scheidemann, Bauer und Hermann Müller, während freilich der tüchtige Helferich, als er Minister wurde, zuerst und vor allem danach strebte, im Punkte der Pension ja nicht etwa schlechter gestellt zu werden, als die anderen Beamten seiner Stufe. Ja, es kann schon sein, daß viele und sogar hohe Ämter Futterkrippen allerersten Ranges sind; leider haben das die neuen Männer noch nicht hinreichend kapiert! Sonst würden sie gewiß die Erbitte rung derer, die sich vom Freßnapf verdrängt oder im alleinigen Besitz geschmälert fühlen, besser begreifen. Die richtige Einstellung kommt eben erst mit der Zeit, und wer etwa, ohne genügend geschult zu sein, seiner Happigkeit die Zügel schießen läßt — wie Sepp Dertter es tat —, der gerät ins Verderben, was einem Altgedienten und blasierten Beamten von qualifizierter Herkunft nicht so leicht passieren kann. Alle Vorteile wahrnehmen ohne die Korrektur zu verlegen, das will eben von Kindesbeinen an geübt sein.

Hier gebührt's den Emporkömmlingen am Nützlichsten. Sie verfügen noch nicht über die hinreichende Fertigkeit, die Lage auszunutzen, denn von Hause aus waren sie ja meist mehr daran gewöhnt, ausgenutzt zu werden. Diese Unbehilflichkeit drückt auf die Würde des Amtes, sie scheinen ihm nicht richtig gewachsen. Beobachter, die den richtigen Blick für solche Dinge haben, werden sie darum leicht für ungeeignet und minderwertig halten. Dieser Meinung ist kürzlich ein schlesisches Schöffengericht beigetreten. Es verurteilte den Redakteur eines deutschnationalen Blattes, der den Minister Severing schwer beleidigt hatte, zu der überaus milden Strafe von 250 Mark mit der ausdrücklichen Begründung: die Strafe sei so geringfügig, weil ja heute auch die Qualität der Minister nicht mehr dieselbe sei wie früher — jeder Handwerker könne Minister werden. Dieser Spruch eröffnet die entzückendsten Perspektiven. Er bemißt den

Wert der Minister genau so, wie der Weltmarkt den Wert der Markt, er schafft eine richtige Ministervaluta. Die Arbeiter und Handwerker spielen die Rolle der Papiertheine: je mehr von ihnen in Umlauf kommen, desto tiefer sinkt der Kurs. Die Entwertung schreitet unaufhaltsam und im Eilzugtempo fort. Und genau, wie eines Tages ein Tausendmarkschein kaum noch den Wert eines lumpigen Pfundes Kartoffeln haben wird, so wird es einmal auch so weit sein, daß man für eine winzige Geldstrafe ein ganzes Ministerkollegium kaufpreisen können wird.

Denn wenn erst alle oder die meisten Ministeressel mit Karrenmärschen besetzt sein werden, dann steht natürlich die Würde eines Ministers auf Null und bedarf nicht mehr eines besonderen Schutzes. Es gibt ja genug andere nationale Güter, die geschützt werden müssen. Schon die Ehre eines volksparteilichen Abgeordneten, wie die des Professors Kuhl; hier ging ein Gericht bei der Bestrafung eines Beleidigers über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und begründete ihn damit, daß „Geheimrat Kuhl ein reiches öffentliches Leben hinter sich habe und nur beleidigt worden sei, weil er zur Deutschen Volkspartei gehört; die Ehre solcher Beleidigten müsse ein deutsches Gericht mehr schätzen als ein anderes Gut. Oder auch bei anderem Unluf ergeben sich Gründe zur Straferhöhung: etwa, wenn es sich um einen deutschen Boyer handelt. Ein Beleidiger Breitensträters wurde kürzlich zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt mit dem ausdrücklichen Bemerkens, daß durch solche beleidigenden Äußerungen dem deutschen Sport großer Schaden zugefügt werde. Hier sind die wahren nationalen Güter, vor volksparteilichem Nimbus und Bogerruhm verbietet alle deutsche Ministerwürde wie der Schein einer arbeitslosen Schuttlertunzel vor der Sonne. Unsere Gerichte sind ein untrüglicher Wertmesser für moralische Güter geworden, solange so weiße Richter in ihnen wirken wie der schlesische Richter mit seinen zwei Schöpfen.

Aber vielleicht wächst inzwischen — Zeit wäre es! — ein neues Geschlecht heran, das den Wert eines Menschen, also auch eines Ministers, nicht nach seiner Herkunft abschätzt, sondern nach seiner Leistung, und dem es vollkommen pipe ist, aus welchem Ei erlingt, wenn er nur als Fertiger an seiner Stelle seinen Mann steht. Es wird sich ja vermutlich allerlei in der Welt ändern. Leute, die fest damit gerechnet haben, ruhig und ungestört ihre Laufbahn aufwärts zu rutschen, werden in die peinliche Lage kommen, reell arbeiten zu müssen, bloß um das nackte Leben zu erhalten. Gerade unter den Akademikern, die jetzt nach dem „Türmer“ ein oder zwei Jahrzehnte auf Anstellung warten müßten, werden sich manche dazu entschließen müssen. Ihnen wird es sicher nicht angenehm sein, wenn man ihnen sagen möchte: Junge, du wirst nach Herkunft und Vorbildung doch nichts Rechtes leisten, verrecke man! Vielleicht bricht sich, wenn wir erst einmal so weit sind, die Erkenntnis Bahn, daß man jeden gelten lassen soll, der eine übernommene Pflicht treu und ausreichend erfüllt.

Auch ein hohes Amt braucht noch lange keine bloße Futterkrippe zu sein, weil ein anderer daran steht, dessen Anspruch den eigenen stört.

Auch der Wert der Ministerposten braucht nicht ins Bodenlose abzurutschen wie die deutsche Valuta, bloß weil die Inhaber der Posten nicht den alten amtlichen Stempel tragen, der früher allein legitimierte.

Ja, und vielleicht erleben wir's sogar einmal, daß aus verzogenen und protegerten Söhnen begüterter und privilegiertester Familien, die ehemals ohne besondere Begabung und Mühe an die leitenden Stellen emporstiegen, denen sie nicht gewachsen waren, nach hier und da ganz brauchbare Handwerker und Arbeiter werden. Sie werden dann einen richtigen Begriff davon bekommen, was positive Arbeit, und sei sie auch noch so bescheiden, wert ist.

Volkswirtschaft.

Butterauktion.

Außerordentlich hohe Butterpreise. Bei der heutigen Versteigerung der Metzereiverbände von Schleswig-Holstein waren die Zuhörer etwas knapper als in der Vorwoche. Infolge der stark n Nachfrage machte sich ein enormes Steigen der Preise bemerkbar, die sich zwischen 55,80 bis 59,10 Mk. bewegten gegen 49,40 Mk. in der Vorwoche. Zu den obigen Preisen kommt noch der übliche Zuschlag von 1 Proz. Kabinetsgeld.

Devisen-Kurse.

Berlin, 28. März.		
Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.		
	22. März.	21. März.
Amsterdam	100 fl.	11018.95
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2455.05
Kristiania	100 Kr.	3084.90
Kopenhagen	100 Kr.	6163.80
Stockholm	100 Kr.	7562.40
Helsingfors	100 finn. Mk.	619.85
Rom	100 Lire	1548.45
London	1 £	1341.15
New York	1 Doll.	804.17
Paris	100 Frs.	2747.25
Zürich	100 Frs.	5914.05
Madrid	100 Pesetas	4710.25
Wien	100 K.	8.98
Budapest	100 K.	36.06
Prag	100 K.	524.45

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Vertunftsart	Fahrzeit	Lage	Stb.
Angekommen am 22. März.							
D.	Otto Jypen	3	Ahrens	Stettin	4		
S.	Isne	2	Vaacke	Saarböle	3		
D.	Stella Minima	1	Ahrens	Warnemünde	1		
D.	Christine	1	Leich	Coppaermestham	1		
Angekommen am 23. März.							
D.	Ludwig Kolberg	1	Jacobson	Stettin	4		
D.	Hrge	1	Rüger	Stettin	1		
S.	Biking	1	Christensen	Hollerup	1		

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Wirtschaft Lübeck und Aquilonen Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Internat Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Hemdentuche
Stouts (14740)
für Bettbezüge
Schürzenstoffe
Sommerstoffe
Herren-Hüte
Mützen
Herren-Hosenträger
Knab.-Schul.-Anzüge
besonders preiswert.

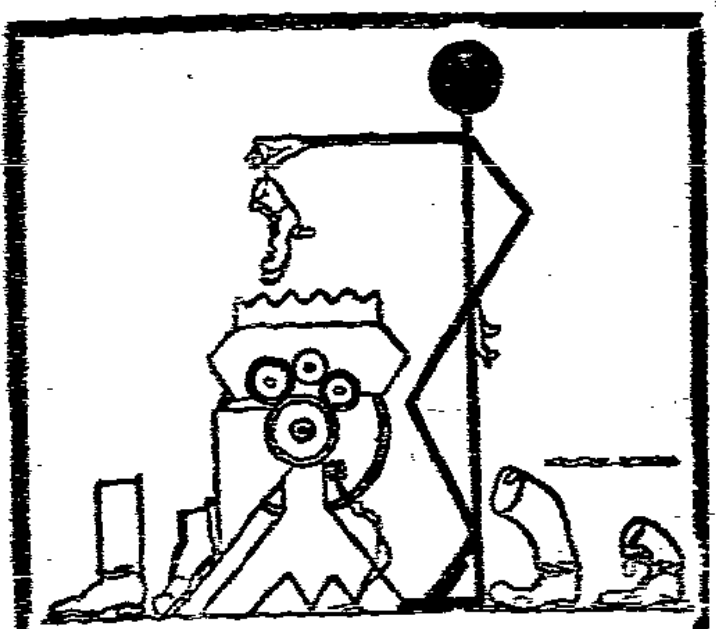
Heinrich Deuck.

Margarine 26 Mk.
Marmelade 7.—
Brudreis 7.50
Weizenmehl 8.50
Weizenkleie 8.50
Brotkrumen 7.50
Gerstengraupen 7.50
Gerstengröße 7.50
Gedrt. Gerste 5.50
Zitronen 1.20
Salberlinge 1.60
Sauerfisch 2.50
Salgurken 0.50 l. 1.50



Zeichnet die **Gammelfäden** der **Lubecker Altershilfe** und gebt sie weiter!

Geschäfts-Übernahme.
Hierdurch bringe ich zur gefälligen Kenntnis, das ich das **Aluminium-Spezial-Geschäft** von Herrn **Friedrich Cordts**, **Mühlenstraße 5**, übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, meine wertige Kundenliste gut und recht zu bedienen, ich bitte um gütige Unterstützung. (14742)
Aluminiumhaus Cordts
Inhaber: **August Oplermann**.



Reform-Schuhwaren-Reparatur
und Flepperei
mit separatem Wartezimmer.
Spezialität:
Samenohren und Abfüße.
Robert Jenken
Hauptstraße
50
Januar 2873. Februar 2873.

Regen-Mäntel Gummi-Loden und imprägniert.
Oelzeuge Mäntel und Pelertinen.
Strickjacken für Damen, Herren u. Kinder.
Loden-Manchester meterweise.
Grassmann Tel. 1365.
14747 Mühlenstraße 34.

20 Mark
spart jeder an einer **Schuhbesohlung**, wenn dieselbe im **Fünfhausen 7** ausgeführt ist.
Für allerbestes Kernleder teils ich volle Garantie. (14708)
B. Dittmer.

Witt-Olsen, alte Maschinen
Dampf- u. Schmiedeseifen,
Spänes, Schmelz-
Gießwerk.
Witt-Metalle,
Kupfer,
Weißblech,
Zinn,
Stahl,
Späne.
L. Lissianski, Lübeck,
Großhandl. Fernstr. 67b, Rahnhauserl.
14699

Wir sind billig!
Gehr starke Schuhwaren.
1 Paare starke Lebensstiefel 365.—, 380.—, 285.—
1 Paare starke Schattstiefel keine Wulst 345.—, 360.—, 380.—
Elegante Damenstiefel 385.—
Damenstiefel 285.—
Elegante Herrenstiefel 425.—
Starke Kinderstiefel.
Größe 25-50, 51-55, 56-58.
Ehlers & Reetzwich
Goldstr. 1. St. Petri 2-4.
Rangschloffen 275.—, Soppen 365.—, elegante Gummimäntel 695.—, 850.—, eleg. Konfektbrotanzüge 750.— (14734)
Das reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.

Girozentrale Lübeck
Zweiganstalt der Girozentrale Schleswig-Holstein
Scheinliche Bankanstalt Mündelsicher
Mit Genehmigung des Herrn Reichswirtschaftsministers machen wir unsere Zulassung zum **Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln** (14706) (Sorten, Devisen usw.) bekannt.
Fleischhauerstraße 13
Telefon: 5741, 5742, 5743.

Wir sind billig!
Cheviol, schwarz u. blau, 115⁰⁰
Mtr. 185.—, 145.—
Volle, bedruckt, 110 cm br., 75⁰⁰
Meter
Blusenblende, hübsche 29⁰⁰
Streifen, Meter 80.—
Damen-Wäsche u. Schürzen
in großer Auswahl, sehr preiswert!
Neu eingetroffen:
Nettdamast u. Streifensatin
in vielen hübschen Mustern.
Beachten Sie bitte unser Schaufenster!
Walter Griephan & Co.
Lübeck, Marktstraße 74. (14722)

Räse mtr. 14.— **Räse**
pikant per Pfund. fett
1 Posten Sinsburger Wd. 20.— mtr.
1 Posten Ia. fetter Tafel-Räse Wd. 25.— mtr.
Markthalle Stand 3.
H. Ahrens, Käsegroßhandlung,
und Sottwitzstraße 6. (14744)



F. Lucht, Hüftr. 59.
Schuhwaren: (14716)
Frauen-Weitschiffstiefel mit niedrigem Absatz 390.—
Damen-Halbschuhe mit Lacksohle 290.—
Damen-Stiefel mtr. 420, 280, 260.—

Ohms Restaurant und Café
Fadenburger Allee 38.
Nach vollständiger Renovierung am Freitag, dem 24. März 1922 (14743)
Neu-Eröffnung.
Großes Konzert.
Wäre Du eine Stunde frühlich sein, so lehre bei **Carl Ohm** ein.

Lüsenlust. Sonnabend, den 25. März: (14714)
Großer Preis-Volks-Maskenball.

Vorstellung
zu Gunsten der **Lubecker Altershilfe**
am Donnerstag, dem 30. März 1922, abends 7 1/2 Uhr,
im **Kolosseum**
mit Spielzeit des Oberregisseurs **W. Benhien**.
Prolog
verfasst von **Herrn Keil**.
Die Grille.
Ländliches Charakterbild in sieben Bildern von **Charlotte Birch-Pfeiffer**.
3. Bild: Tanzeinlagen von Schülerinnen von **Frl. Helene Scharif**.
Epilog. (14710)

Endlich
ist man den Ärger los,
denn „**Rotfroschpasta**“
ist **fames!**
Endal
putzt die Schuhe, pflegt das Leder!
Alleinhersteller: **Werner & Mertz A.-G. Mainz.**
(14704)

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Zentrale Lübeck. (14725)
Betriebsräte- und Vertrauensleute!
Freitag, den 24. März abends 7 Uhr,
im **Gewerkschaftshaus**
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Lübeck (14727)
Versammlung
der **Castellarbeiter**
am Freitag, dem 24. März abends 7 1/2 Uhr
im **Gewerkschaftshaus**.
Tagesordnung:
Bericht der Lohnkommission
Die Ortsverwaltung.

Bezirks-Versammlung Vorwerk
am Freitag, dem 24. März abends 8 Uhr
im **Lokale Schlam, Rogensl.**

Moising
am Sonnabend, d. 25. März abends 7 1/2 Uhr
im **Kaffeehaus**.
Tagesordnung in beiden Versammlungen:
Ständ. Genossenschaft
Der Mitgliederrat
J. A. Steen.

Hansatheater.
Heute Donnerstag 7 1/2 Uhr:
Prinzessin Olala
Freitag 7 1/2 Uhr:
12. Vorst. Freitag-Abend
zum ersten Male!
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von **Gilbert**. (14708)
Sonnabend nachm. 8 Uhr:
Fremdenorstellung zu halben Preisen
Er und seine Schwester.

Stadttheater Lübeck
Donnerst. 23. März 7.30
Die verurteilten Gäste
81. Ab.-Vorst. **Wagn. C.**
Weg. Extrantung wird **„Und Wipa tanzt“** vort. gegeben. (14713)
Freitag, 24. März, 7.30:
Der Barbier von Bagdad
81. Ab.-Vorst. **Wagn. C.**
Sonnabend, 25. März, 7.30.
Die Feilung
15. Vorst. i. Sonnab.-A.
Sonntag, 26. März, 8 Uhr:
7. Vorst. i. d. **Plattdeutsche Volksoper: Die rote Innekrone.**
7.30 Uhr:
Bruder Stranbinger.
Das Sinfoniekonzert am Montag wird vertagt den. Dafür 17. vork. **Ständliches Konzert.**

O. Schröder,
Balanierhof 12.
Zur Mühle
Beckergrube 61.
Weizenmehl 65% u. 6.50
Koggenmehl 7.75
Koggenrohmehl 6.50
Brotkrumen 5.25
Weizenkleie 8.50
Gerstengraupen 7.50
Gerstengröße 12.50
Bohnen-Pflaumen 18.—
Grober Grieß 7.50

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 23. März.

Die Not im deutschen Zeitungsgewerbe.

Von der großen Rundgebung der deutschen Zeitungsverleger in Weimar, in der unter Hinweis auf die ungeheuerliche Preissteigerung aller Materialien für das Zeitungsgewerbe der drohende Zusammenbruch der Zeitungen und Stilllegung der Betriebe angekündigt wurde, wenn nicht endlich durchgreifende Maßnahmen zur Behebung der Notlage im Zeitungsgewerbe getroffen werden, haben wir bereits Mitteilung gemacht. Die Herstellungskosten der Presse sind unter dem Druck des Papierpreises und der Monopolstellung der Zellstofffabrikanten ins Riesenhafte gewachsen. Die Preise für Papier werden den Zeitungsverlegern einfach diktiert. Gegen den Friedenspreis von 20 Pfennig für ein Kilogramm Papier stieg der Preis im Dezember voriger Jahres auf 4,20 Mk., das 21fache des Friedenspreises, sprang ganz unerwartet auf 7 Mk. für Januar, 7,30 Mk. im Februar, 8,25 Mk. im März und soll im April sogar 11 Mk., also das 55fache des Friedenspreises noch übersteigen. Neben dieser Steigerung des Papierpreises gehen auch die Preise aller übrigen Herstellungsmaterialien ständig in die Höhe. Hinzu kommt naturgemäß die Erhöhung der Gehälter und Löhne der Angestellten und Arbeiter.

Alle Zeitungen sind daher gezwungen, ihre Abonnementspreise zu erhöhen. Gewiß, jede Abonnementserhöhung wird bei der heutigen stetig steigenden Verteuerung des Lebensunterhalts insbesondere von der lohnarbeitenden Bevölkerung schwer empfunden. Aber es muß doch immer wieder gesagt werden, daß alle Abonnementspreiserhöhungen nicht die Herstellungskosten der Arbeiterpresse decken. Die Arbeiterpresse verfügt eben nicht über die riesigen finanziellen Hilfsmittel, die die Erzeugnisse eines großen Teiles der bürgerlichen Zeitungen erleichtern helfen, und ist deshalb ganz besonders auf die nachdrücklichste Unterstützung ihrer Leser angewiesen.

Jeder Parteigenosse muß sich heute bewußt sein, daß er für die weiteste Verbreitung seines Blattes sorgen muß. Alles muß getan werden, wenn der „Lübecker Volksbote“ als Vorkämpfer für die wirtschaftlichen und geistigen Interessen des gesamten werktätigen Volkes seinen hohen Aufgaben auch in Zukunft gerecht werden soll.

Verleumdungen. Die „Lüb. Anz.“ bringen heute morgen folgendes Inserat:

Beschluß der Erwerbslosenversammlung vom 20. März 1922. Im Jahre 1920 hat der Lübeckische Erwerbsloserrat mit Zustimmung des Gewerkschaftsrateils in den gewerblichen Betrieben Lübeds eine Sammlung veranstaltet, als Weihnachtsbeihilfe für Erwerbslose, die insgesamt 29 533,00 Mk. erbracht hatte. Die Gelder sind in die Verwaltung des Gewerkschaftssekretärs des Ortsausschusses des ADGB, Herrn Dreger, gelangt. Der Erwerbsloserrat hat Herrn Dreger mehrfach vergeblich aufgefordert, über die Verwendung der Gelder Rechenschaft zu legen. Nachdem er einmal kein Erscheinen zugesagt hatte, ist er trotzdem in der Versammlung nicht erschienen. Angesichts dieser Sachlage fordern wir Herrn Dreger nunmehr öffentlich auf, dem Erwerbsloserrat Bericht und Rechenschaft über die Verwendung der ihm anvertrauten Gelder abzulegen.

damit wir erfahren, welche Stelle die nach Herrn Dreger eigener Erklärung statigehabte Unterbringung bezug hat.

Auf Beschluß der Erwerbslosenversammlung vom 20. März 1922.

J. A.: Der Erwerbsloserrat.
gez. Emil Paschen.

Zum obigen Beschluß der Erwerbslosenversammlung bemerke ich folgendes:

Die erwähnte Sammlung hat in der angeführten Zeit stattgefunden. Die eingegangenen Gelder sind unter Mitwirkung eines Vertreters der Betriebsrätezentrale und des damaligen Erwerbsloserrates an die Erwerbslosen zur Verteilung gelangt. Ueber diese Sammlung ist im Ortsauschuß A b e c h n u n g e r s t a t t e t, der einzigen Stelle, der ich Verantwortung schuldig bin. Ich lehne es daher ab, einem nach Jahren zufällig amtierenden Erwerbsloserrat über Angelegenheiten Rechenschaft zu geben, die ihn nichts angehen. Der in dem Beschluß indirekt erhobenen Beschuldigung der Unterbringung dieser Gelder durch mich, werde ich anderen Stellen zur weiteren Erledigung überweisen. Dem natürl. Gemüt müßte es eigentlich einleuchten, daß sowohl die Lübecker Arbeiterkammer, wie auch die damaligen Erwerbslosen nicht willkürlich eine Rückerstattung der in aller Öffentlichkeit gesammelten Gelder hingenommen hätten. Zum Schluß will ich nur noch feststellen, daß sowohl das Erscheinen dieses Beschlusses in den „Lübeckischen Anzeigen“, wie auch die juristische Beratung durch Herrn Dr. Wittner der Lübecker Arbeiterkammer Stoff zum Nachdenken geben wird.

Alfred Dreger,

Gewerkschaftssekretär des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Lohn erhöhungen in städtischen Betrieben.

Erhöhung der Löhne der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Von der Lohnkommission des Senates ist mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter vereinbart worden, die Löhne der Gemeinde- und Staatsarbeiter mit Ausnahme der Arbeiter am Eibe-Trone-Kanal, der Arbeiter in den staatlichen Fortifen, des Pflegepersonals der Krankenhäuser und des Personals der Lübecker Straßenbahn wie folgt zu erhöhen: 1. verheiratete Männer vom 16. Februar ab um 1 Mk.; vom 1. März ab um weitere 0,30 Mk.; vom 16. März ab um weitere 0,20 Mk. Ledige erhalten in Position 1 15 Pfa. weniger. 2. Frauen (Witwen), außer Schneiderinnen, vom 16. Febr. ab um 80 Pfa., vom 16. März ab um weitere 0,20 Mk.; ledige und verheiratete Frauen erhalten vom 16. Februar ab 20 Pfa. und vom 16. März ab weitere 10 Pfennig. 3. Verheiratete Schneiderinnen: vom 16. Februar ab um 1,25 Mk., vom 16. März ab um weitere 0,25 Pfa. Ledige vom 16. Februar 75 Pfa., vom 16. März ab weitere 25 Pfa. Der Senat ist den Forderungen seiner Kommissare beigetreten und hat die Resolution ermächtigt. Schon jetzt die erhöhten Löhne zu zahlen. Er stellt zur Mitgenehmigung der Bürgerkammer, daß die Mehrausgabe von 485 000 Mk. angewiesen werde.

Erhöhung der Löhne für das Personal der Lübecker Straßenbahn.

Zugleich mit den Verhandlungen, die die Lohnkommission des Senates mit den Staats- und Gemeinbediensteten über die Erhöhung der Löhne geführt hat, wurde von ihr auch mit dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Lübeck, über weitere Zulagen auf die Löhne für das Personal der Lübecker Straßenbahn verhandelt. Hierbei erfolgte eine Einigung in der gleichen Weise wie bei den mit den Gemeinde- und Staatsarbeitern geführten Verhandlungen und zwar dahingehend, daß vorbehaltlich der Zustimmung der beteiligten Arbeitgeber, die Löhne wie folgt erhöht werden: 1. verheiratete Männer: vom 1.—15. Februar um 0,35 Mk., vom 16.—28. Februar um 1 Mark, vom 1.—15. März um 0,30 Mk., vom 16. März ab um 0,20 Mark. Ledige erhalten für die Zeit vom 16.—28. Februar anstatt 1 Mk. 0,85 Mk.; sonst aber die gleichen Zulagen. 2. Frauen:

(Witwen): vom 1.—15. Februar um 0,25 Mk., vom 16. Februar bis 15. März um 0,30 Mk., vom 16. März ab um 0,20 Mk. Für ledige, sowie verheiratete Frauen beträgt die Zulage in den beiden letzten Positionen anstatt 80 Pfa. 20 Pfa. und anstatt 20 Pfennig 10 Pfa. — Weiter ist vereinbart worden, daß für das Personal der Lübecker Straßenbahn in bezug auf die Gewährung der Kindezzulagen dieselben Bestimmungen gelten sollen, wie sie für die Staats- und Gemeinbediensteten festgesetzt worden sind. — Die Betriebsbehörde, Abteilung Straßenbahn, hat sich vorbehalten, Anträge auf Erhöhung der Fahrpreise auf der Lübecker Straßenbahn zu stellen, sobald die Einnahmen aus dem gegenwärtigen Tarifpreis nicht ausreichen, die naturgemäß zum Frühjahr ohne dies etwas steigen werden, diese Mehrlöhne nicht decken. Der Senat ist den Forderungen seiner Kommissare beigetreten und hat in Anbetracht der heutigen Lage die Betriebsbehörde ermächtigt, schon jetzt die erhöhten Löhne zu zahlen. Er stellt einer Anträge auf Bewilligung von 280 000 Mk. zur Mitgenehmigung der Bürgerkammer.

Schluß der Universitätswoche.

Prof. Dr. Mensinga schloß den Kreis der Vorträge der Universitätswoche mit einem Vortrage über die Geschichte der niederdeutschen Bühne. Dieses Thema an den Schluß zu legen, war ein sehr glücklicher Gedanke. So lehrten die Gedanken, die durch viele Vorträge der Wissenschaften geführt worden waren, zum Schluß zur Heimatkunft und ihrer Eigenart zurück. Weiter konnte der Vortr. an diesen Vorträgen eine niederdeutsche Aufführung im Stadttheater anzuschließen, nicht verwirklicht werden. Prof. Mensinga durchmach in seinen zweistündigen Ausführungen den anspruchsvollen Zeitraum des niederdeutschen Dramas sowohl von den Anfängen der mittelalterlichen Festspiele aus, die sich aus den Marienleben über die Passionsspiele hinaus entwickelten, in Norddeutschland aber durch die Reformation ihres kirchlichen Charakters beraubt wurden, als auch von den parallelverlaufenden Festnachtsbühnen, über die Lokalfestspiele bis zu den neuesten Figuren niederdeutschen Dramatikern, besonders Bokdorff. Die ältere Theatergeschichte mit besonderer Beziehung auf Lübeck war schon im vorigen Jahre in der Volkshochschule und in der Folge vor Dr. Borch bekämpft worden; und es ermunternder wäre es gewesen, wenn Prof. Mensinga die neuere Geschichte der niederdeutschen Bühne stärker in den Vordergrund gestellt hätte; so kam diese neuere Entwicklung nicht so davon, wie es ihrer Bedeutung für die Gegenwart der Bühnenkunst entspricht. Im Ganzen aber war dieser Vortrag eine interessante und gut aufgebaute Geschichte unserer niederdeutschen Bühne.

Nach dem Vortrage luden die Freunde der niederdeutschen Bewegung den Vortragenden zu einem Umtrinke in das feierlich beleuchtete Haus der Schiffergesellschaft. Eine Reihe von Ansprachen und Rezitationen niederdeutscher Sprache gaben dem Abend einen niederdeutschen Heimatcharakter. Daß einzelne nationalpolitischen es sich nicht verneinen konnten, auch hier nach kurzweiligen Siedeln zu rufen, ohne dabei daran Rücksicht zu nehmen, ob dem Walle und dem Charakter dieses Abends solches Platz lassen erübrigt, das nur nebenbei. — Die Universitätswoche, die einen starken äußeren Erfolg gehabt hat und die auch vielen Teilnehmern inneren Gewinn gebracht haben wird, schloß mit dem Mensing'schen Vortrag ihren Abschluß.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Jahresbericht der Verwaltungskasse Lübeck für das Jahr 1921. Infolge der fortgesetzten Preissteigerung aller Bedarfsartikel wurden viele Lohnbewegungen geführt. Es waren im vorliegenden Geschäftsjahre 151. Trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Lage für die Arbeitnehmer waren diese noch gezwungen in 8 Fällen durch Streiks und Abwehrbewegungen ihre Positionen durchsetzen zu müssen. Dieses trat ein bei den in der Fußbodenindustrie beschäftigten Handwerkern und Arbeitern, Kraftfahrzeugfahrern (allgemein), Straßenbahner, Hafnarbeiter, Kohlenarbeiter, Post- und Streckenarbeiter und Fabriksarbeiter der Firma Krichbaum & Co. Durch Abhaltung gemeinsamer Konferenzen in den Hafenstädten der Nordsee rufen usw. ge-

Ludwig und Annemarie.

Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyer.

16. Fortsetzung.

Der Angerbauer hatte, bald nachdem er in sein Haus zurückgekehrt war, die Bäuerin ins Kamin gerufen und ihr von seiner Unterredung mit dem geistlichen Herrn erzählt. Die Nachricht über den Entschluß des Mädchens wirkte auf sie wie auf ihn. Sie sah ein wenig besorgt aus und sagte: „So hätten wir doch Mädchen alle doch unrecht getan! Ich muß dir jetzt nur sagen: so ganz von Herzen hab' ich nie dran glauben können. Es ist mir immer wieder gewesen, als ob sie am Ende doch nicht so schlimm wäre.“ — Das Mütterchen wußte nun auch auf das umgekehrte Verhältnis eine Entschuldigung für Ludwig zu gründen. „Wenn die Annemarie“, bemerkte sie nach einigem Bedenken, „so gestirbt ist, dann bereue ich freilich, warum der Ludwig so viel auf höll, daß er nicht mehr von ihr lassen will. Die Schönste im Dorf ist sie obendrein, und wenn sie noch dazu so recht klugen ist und solche Gedanken im Kopf hat — das hat ihr eben verführt.“ — Was meint denn der Pfarrer, daß wir tun sollen?

Der Angerbauer, dem diese Rede bedenklich mißfiel, vorkam, erwiderte streng: „Der Pfarrer ist ganz einverstanden mit mir. Gehen lassen sollen wir ihn, bis er von selber kommt, und nachgeben lassen wir ihm in keiner Art. Ich hab' der Herrn immer für geschickte gehalten, aber das muß ich sagen, daß er in der Sache ganz meiner Meinung ist. Hat mich besonders bedrückt.“ — Die Bäuerin, an den Abgabebrief des Mädchens und seine Wirkung auf Ludwig denkend, sagte: „Wir wollen das Beste hoffen.“ — Dann sagte sie hinzu: „Die Annemarie dauert mich eigentlich. Wenn man nur einen netteren Mann für das Mädchen wüßte! Ich kann mir's aber schon denken, nach dem Ludwig wird ihr keiner gefallen.“ — „Nach“, erwiderte der Angerbauer, „bist dir nicht soviel auf seinen verrückten Köhnen ein. Es gibt noch Mannsbilder in der Welt die so ein Mädchen krönen können!“ — Nach diesen Worten verließ er die Stube.

Die Mutter hatte nichts Günstigeres zu tun, als zu ihrer Tochter, der Schmalzbäuerin zu gehen und ihr das eben Erlebene mitzutellen. Beide rühten Annemarie und bedauerten, daß sie keine Anwärterin sei. Indem sonst nichts an ihr auszu machen wäre. Bald war die ganze Freundschaft in Kenntnis gesetzt und alle sahen das Lob des Mädchens, natürlich vater der Voraussetzung, daß sie's ganz ernstlich meine und jeden Anspruch auf Ludwig ansehe.

In der Freundschaft war jedoch eine Person oder vielmehr ein Personchen, das für die Familieninteressen wenig Sinn hatte, desto mehr für das Glück des Liebespaars. Dies war „Hohannesse“, das älteste Kind der Schmalzbäuerin. Dem Ludwig

gewogen von seinem ersten Denken an, hielt er auch besonders viel auf Annemarie. Bald nach ihrer Ankunft im Dorf hatte sich diese nämlich in ein Gespräch mit ihm eingelassen und ihn zum Lohn für seine hübschen Antworten so schön gestreichelt, daß er's ihr nicht vergessen konnte. Als das Verhältnis zwischen den beiden sich entspann, erkannte und ertrug er fortel, daß er darüber so ziemlich unterrichtet war, und ärgerte sich dann in der letzten Zeit nicht wenig, daß man zwei so nette Leute nicht zusammenlassen sollte. Zu wiederholten Malen versuchte er seiner Mutter, die zwei müßter sich kriegen, und endlich trug er ihr auf, sie solle mit dem Großvater reden. Die Mutter antwortete, er möge es doch selber tun. Und Hohannesse sagte sich ein Herz, trug dem Großvater die Bitte vor und schloß damit: esginge nicht anders, die zwei müßten sich heiraten. Der Alte sah ihn verwundert an und fragte, wer ihm diese Dummelei in den Kopf gelehrt habe. Hohannesse versetzte ernsthaft: „Ich selber, Marie.“ und widerholte sein Gelübde.

Der Angerbauer, um solche Gedanken im Keime zu erstickern, machte ein böses Gesicht und sagte mit erköhltem Tone: „Du bist ein naiverer Bursch! Diese Hinne decken dich gar nichts an, und wenn ich dir gut zum Rat bin, so laß mich so was nicht wieder hören!“ Eine gewisse Bewegung des Arms erwiderte den Sinn dieser Antwort. Der Knabe, den Großvater angeseht, ging einige Schritte rückwärts, murmelte dann aber, ein zweites Mal: „Sie kriegen sich doch!“ — Von da an machte er verschiedene kindliche Pläne, wie er den beiden helfen wollte. Auf dem Dorfe nämlich, wo man gar vieles offen verhandelt und auf etwa anwesende Kinder nicht immer Rücksicht nimmt, bekommen diese früh von menschlichen Verhältnissen eine Art von Begriff. Der Dorfbube lernt bald die stärksten Liebespaare in einem Orte kennen, das natürliche Gemüt findet es in der Ordnung, daß der schönste Bursche auch den nettesten Schatz habe, und nimmt an ihrer endlichen Verbindung einen rein positiven Anteil; sowie ihm auch früh klar wird, daß zwei verliebte sich treu bleiben müssen und nicht voneinander lassen dürfen. Als Hohannesse von keinem Oberknecht hätte, die Annemarie habe sich anders besonnen und dem Ludwig geschrieben, er könne eine andere nehmen, erwiderte er bestimmt: „Ich lasse's nicht!“ Und als der Oberknecht bei seiner Reuehinne hinhin wurde, wurde der kleine Mann ganz hüfig und tief: „Es ist nicht wahr!“

Nachdem der Entschluß des guten Mädchens so in den Häusern der Freundschaft bekannt war, kam er bald im ganzen Dorfe herum. Der alte Bär, der ihn auch erst auf diesem Wege erfuhr, nahm sein Mädel bei der Hand, sah sie mit überlächeltem Blick an und sagte: „Du hast brav gehandelt, Annemarie! Ich dich's nicht reuen und bleib' dabei. Man muß den eingebildeten Leuten zeigen, daß man auch seinen Stolz hat.“

Als Annemarie das Lob erhielt, das wir ihr gleicherweise von der Familie des Angerbauers und ihrem Vornamen haben spenden sehen, hatte sie es noch nicht ganz verdient; der Brief an Ludwig war nicht geschrieben. Sie hatte mehrere Versuche ge-

macht, im Kopfe und mit der Feder, aber sie konnte die Ausdrücke nicht finden, die ihr guttaten. Sie wollte einen ehrlichen Brief schreiben, der aus dem Herzen kam; aber was sie zu sagen hatte, wollte dem Geliebten gegenüber nicht aus dem Herzen kommen. Durfte sie nach allem, was geschähen, ihn noch einmal fragen, ob er ihr wirklich treu bleiben wollte? Durfte sie sich den Schein geben, als hätte sie es für möglich, daß er ihr Anerbieten annehmen und keinen Eltern folgen könnte? War das nicht eine unverdiente Erklärung für ihn? Wie sollte sie's nun anfangen, daß alles so gut und schonend als möglich herauskam? In Gedanken und Gefühlsvorstellungen verging eine ganze Woche. Endlich vernahm sie, daß ihre Unterredung mit dem Pfarrer bekannt geworden und wegen ihres Versprechens im Hause des Angerbauers große Freude sei. Dieses Bekannterwerden und diese Freude, sie „los zu werden“, brachte sie wieder in die rechte Stimmung. Sie setzte sich hin und schrieb, ohne abzusetzen, folgendes:

„Geachtetster Ludwig! Ich hab' nicht gedacht, daß ich dir einen Brief schreiben würde, wie ich jetzt tun muß. Aber so geht es in dieser Welt. Man nimmt sich die besten Dinge vor, dann kommt etwas dazwischen und rüttelt uns, anders zu handeln, als wir gedacht haben. Seitdem ich an dich geschrieben hab', ist hier etwas geschähen — so laß ich Liebe, hat mir nichts so weich getan und mich so gekränkt wie das. Ich will dir's nur kurzweg sagen. Dein Vater und Deine Mutter, wie sie gesehen haben, daß Du wirklich nicht mehr kommst, haben ihren Zorn und ihren Verdruck an mir ausgelesen; sie haben herumgelaufen, ich sei darauf ausgegangen, dich zu verführen, weil ich denn die Schönerin eines reichen Bauern geworden wäre; ich hätte dich lieb geliebt, und ihr gutmütiger Ludwig hätte sich fangen lassen. Ich sei überhaupt eine rechte Dummkinderin und eine gefährliche Person, vor der man sich hüten müsse. Diese Reden gingen durchs ganze Dorf und in allen Haushaltungen wurde davon gesprochen. Ludwig, du kennst mich, ich brauch' dir nicht zu sagen, wie mir bei diesen Lügen zumute geworden ist. O, die rechte Leute! Nimm mir's nicht übel, Ludwig, aber die sind überall die nämlichen. Sie glauben, es gäbe nichts Besseres als das viele Geld, das sie haben, und wenn die andern etwas tun, so tun sie's einzeln und allein, um auch so viel Geld zu bekommen. Wenn nun erst ein armes Mädchen den Sohn reicher Leute lieb hat, dann ist natürlich gar kein Zweifel, daß sie nur eine reiche Frau werden will. Daß sie ihn lieb hat, weil er braun und gut ist, daß sie ihn, wenn er arm wäre, grad so lieb, so herzlich noch lieber haben würde — das ist natürlich ganz unmöglich!“

Neben dieser Plagen über mich hab' ich auch noch hören müssen, daß meine Leute ganz unglücklich sind über diese Geschichte, die ich ihnen anvertraut hab' der Mutter, daß Traver und Sumner in deinem Hause sei. Das ist die Wahrheit, Ludwig! Ja, ja, unglücklich sind sie gewesen! Es ist aber auch gar zu arg! Eine Schwärzende Tochter zu bekommen wie ich bin, ist das nicht eine Schandtat und ein Elend, wie es kein weiteres mehr gibt? Bisher eine Kröte ins Haus oder eine giftige Schlange!

(Fortsetzung folgt.)

Wichtig, Bürgerchaftsfraktion. Freitag, 6. Uhr, Sitzung im Rathaus.

Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1922. Die im Herbst 1921 einsehende außerordentliche Preissteigerung aller Materialien und die Neuregelung der Gehalte der Beamten und Angestellten ließen es angezeigt erscheinen, den Behörden die bereits eingereichten Haushaltspläne für das Rechnungsjahr 1922 zur Ergänzung zurückzugeben. Die Neuaufstellung hat geraume Zeit in Anspruch genommen, jedoch die Vorlegung des Haushaltsplans voraussichtlich nicht vor Ablauf eines Monats wird erfolgen können. Es ist daher notwendig, den Behörden für ihre Zwecke vorläufig Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Senat stellt daher, dem Antrag der Finanzbehörde folgend, zur Mitgenehmigung eine Liste der Beamten und Angestellten, die bis zum 30. Juni 1922 in der Höhe für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1922 in der jetzigen Höhe weiter zu zahlen; 2. daß den Behörden im übrigen für den Rest der Zeit für laufende Ausgaben der einmaligen Ausgaben, ein budgetmäßiger für laufende Ausgaben im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921 und im Nachtrags dazu ausgeworfenen Beträge zur Verfügung gestellt werden.

Nachtrag zum Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921. Die Finanzbehörde hat einen Nachtrag zum Haushaltsplan für 1921 überreicht. Die Verstärkung fast sämtlicher Ausgabenansätze ist nötig geworden durch die seit dem Herbst v. J. anhaltende und mehrere allgemeine Preissteigerung und durch die Erhöhung der Gehalte und Löhne. Die für die Erhöhung der Gehalte und Löhne im Laufe des Rechnungsjahres bewilligten Mittel betragen schätzungsweise 33.000.000 Mk. Ein Teil der Mehrausgaben wird durch Mehreinnahmen an Steuern, Gebühren, Nebenschüsse der Betriebsanstalten usw. gedeckt werden. Eine Schätzung dieser Mehreinnahmen ist derzeit nicht möglich, auch läßt sich nicht bestimmen, welchen Betrag das Reich auf die erhöhten Gehalte zu erstatten hat. Es wird vorgeschlagen: 1. die erforderlichen 33.785.366,85 Mk. auf den Haushaltsplan anzuweisen; 2. die für Verstärkung erforderlichen Mittel vorläufige aus Anleihemitteln zu entnehmen.

Weitere 10 Millionen Mark für den Wohnungsbau. Die immer mehr zunehmende Wohnungsnot macht es erforderlich, daß die Schaffung von Wohnungen in größerem Umfang, als bisher vorgesehen war, vorangetrieben wird. Es besteht die Absicht, zunächst innerhalb eines Jahres 900 Wohnungen, und zwar 300 durch Einbauten und 600 durch Neubauten zu schaffen. Außer den bereits bewilligten 12 Millionen Mark müssen für diesen Zweck weitere 10 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Damit keine Störung im Wohnungsbau eintritt, müssen 10 Millionen sofort bereitgestellt werden. Die Verwirklichung und Tilgung dieser 10 Millionen Mark ist durch den bisher bewilligten Zuschlag zur Grundsteuer gewährleistet. Bevor die Bereitstellung der weiteren erforderlichen 10 Millionen Mark beantragt wird, soll die Deckungsfrage geprüft werden. Einem Antrag der Finanzbehörde folgend, stellt der Senat zur Mitgenehmigung der Bürgerchaft: daß der Rat der Städte und der Finanzbehörde für die Förderung des Wohnungsbaues weitere 10 Millionen Mark zur gemeinsamen Verwendung aus Anleihemitteln zur Verfügung gestellt werden.

Drei Gefangene ausgebrochen. Aus dem Untersuchungsgefängnis sind in der Nacht zum Mittwoch drei Untersuchungsangehörige, Romanowski, Dahn und Schäff, ausgebrochen. Die eisernen Stangen des Gefängnisses wurden von der Küchlerin durchgehauen und dann alle drei am Boden der Strafkammer aus über die Dächer unter Zuhilfenahme von Telefonkabeln und Leitern nach der Al. Burgstraße entkommen. Der geflüchtete Verbrecher Romanowski wurde Mittwoch früh in der Nähe der Lübecker Maschinenbaugesellschaft mit verdecktem Kopfe aufgefunden und in die Strafanstalt Lauerhof eingeliefert. Die anderen beiden Ausreißer konnten bisher nicht gefast werden.

Ran der Schiffahrt. Die Generalversammlung der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft schloß die 21. Sitzung am 23. d. M. Die Verwaltung hofft, daß auch das laufende Geschäftsjahr gute Resultate bringen werde. — Die überseeische Auswanderung über Hamburg. Nach der Aufzählung der Statistischen Landesamtes betrug die Zahl der über Hamburg besorgten Auswanderer aus dem Deutschen Reich (ohne Rückkehr auf die Staatsangehörigkeit) im Februar 1922 20 Personen, gegen 1166 Personen im Februar 1921. In der ersten Hälfte des Monats Februar 1922 wurden in Hamburg noch 493 Personen aus fremden Staaten über Hamburg nach Übersee befördert. — Verurteilung des Hamburger Fischers in Dänemark. Aus Kopenhagen ist berichtet: Laut Mitteilung des Marineministeriums hat das dänische Tribunal „Sjælland“ am 20. März die deutschen Fischer „R. G. 305“, „Walden“, Kapitän Dahl, und „R. G. 288“, Kapitän Poval, in isländischen Territorialgewässern angehalten. Die Kapitäne wurden zu 4000 bzw. 8000 Kronen Geldstrafe verurteilt, weil sie die Fischer während des Aufenthaltes auf dem See-Territorium nicht verhaftet hatten.

Zur Vereinigungsbewegung von Stadt und Provinz Lübeck. Die obendünebürgischen Fischer fangen die Fische, die Lübeckischen Fischer die Verzeimung mit Lübeck zu verfallen. Positiven Augen kommt es nicht und dient letzten Endes nur dem Schaden der obendünebürgischen Fischer. Was ist, solange die Provinz Lübeck zu Obendüneburg gehört, erreicht werden, um die ungenügenden Zustände zwischen den Fischern in der Provinz Lübeck zu beseitigen? Was kann in Zukunft, solange die Provinz Lübeck zu Obendüneburg gehört, in dieser Hinsicht erreicht werden? Gar nichts! Der Provinzialrat Lübeck hat nicht die geringste Veranlassung, für obendünebürgische Staatsangehörige keine möglichen Rechte auszusprechen. Jedermann wird zugeben müssen, daß der jetzige Zustand geändert werden muß. Auf dem derzeit beschrittenen Wege werden die Gegenstände nur verhärtet und praktische Arbeit wird mit Vermeidung einiger wohlwollender Neben, nicht geleistet. An die Stelle der erredeten Leidenschaften muß der kühl alle Wohlwollenden abmildernde Gemütszustand treten, der auch bei den obendünebürgischen Fischern vorhanden ist. Der einzige Weg, auch nur die Möglichkeit einer Besserung der derzeitigen Zustände unter den Fischern in der Provinz Lübeck zu schaffen, ist für die obendünebürgischen Fischer die Einflußnahme auf Senat und Bürgerchaft in Lübeck. Das bedeutet aber die Vereinigung von Stadt und Provinz Lübeck zu einem Staatsverbande. Die Ausschließung der Provinz zu Obendüneburg hat die Herrenfrage gerechtfertigt zum Schaden der obendünebürgischen Fischer. Eine Besserung ist nur möglich durch die Vereinigung von Stadt und Provinz Lübeck.

Neue Erhöhung der Postgebühren im Auslandsverkehr. Die weitere Verschlechterung des deutschen Markturteils zwingt die Reichverwaltung bei der Gebührenerhebung im Auslandsverkehr und telegraphischen Verkehr das seit dem 10. März um 50 Mark für den Goldfrank festgesetzte Umrechnungsverhältnis abzuheben, und zwar mit Wirkung vom 24. März an auf 56 Mark zu erhöhen. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Verzinsung auf Briefen und Paketen nach dem Ausland maßgebend.

Lübecker Altershilfe. Man schreibt aus: In diesen Tagen werden von der Geschäftsstelle der Lübecker Altershilfe Sammelbriefe versandt an die einzelnen Firmen, Behörden, Vereine und Verbände mit der Bitte, sie zur Einzeichnung heranzuziehen. Bei der Größe der Not, unter der unsere Alten leiden, darf wohl erwartet werden, daß alle Kreise der Bevölkerung euern daran mitarbeiten, der Sammlung große Mittel zuzuführen und daß jeder auch nach Kräfte leistet Opfer bringt. Die Altershilfe ist eine Sache der Menschlichkeit, durch die sich Lübeck von jeder Auszeichnung hat, wird jeder auch in diesem Falle nicht verlangen. — Am Donnerstag, dem 2. März, wird im Rathaus zugunsten der Lübecker Altershilfe eine Theatervorstellung veranstaltet. Eingeleitet wird der Abend mit einem Dialog. Dann folgt das

Aktive Charakterstück „Die Grille“ von Charlotte Birch-Pfeiffer. Im dritten Bilde werden verschiedene Tänze von 25 Schülerinnen durchgeführt. Hoffentlich erzielt das reichhaltige Programm ein volles gutes Haus, jedoch den armen, bedürftigen, alten Leuten eine reiche Spende zufließen kann.

Im Zentraltheater in der Johannisstraße herrscht gegenwärtig großer Andrang. Einer der großen Filme der neugegründeten „Kulturn“-Kette, und „Lichtspiel“-A. G. steht auf dem diesmahligen Wochenprogramm. „Der Unterraum des Ozeans“ und „Lichtspiel“-A. G. ist einer der besten italienischen Filme der neueren Zeit. Der Schiffsunterarzt ist nicht das wichtigste in diesem lauch aufgebauten, an seltenen Naturphänomenen überaus reichem Filmwerk. Nicht interessant ist das Einfache und Zusätzlichen müde Pferde, die in diesem Film in riesiger Anzahl vorkommen. — „Die Brillantenmiese“ ist ein moderner Gesellschaftsfilm, der einen beliebigen Namen verdient. Die Wirkung Margarethe Kupfers, W. Kapfer-Denis und Mia Aldorfs sichern auch diesem Film eine gute Aufnahme beim Publikum. Ein uraltes Lustspiel bezieht sich das zehnwertige Programm.

Die Zentrale für private Fürsorge hielt gestern abend ihre Generalversammlung ab. Wir werden morgen darüber berichten.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadtheater. Freitag wird zum ersten Mal: „Der Barbier von Bagdad“ gegeben. Sonntag wird auf vielfachen Wunsch die mit großem Beifall aufgenommene Operette „Bruder Straubinger“ wiederholt. Für die Feiertagsvorstellung „Fretschüh“ am 29. April sind Karten bereits an der Theaterkasse zu haben.

Hansestheater. Heute, Donnerstag, 7½ Uhr: „Prinzessin Orla“. Freitag als 12. Vorstellung im Freitag-Abonnement zum ersten Male: „Das Jungfernküst“. Operette in vier Akten von Gilbert. Sonntag nachmittag 3 Uhr Fremdenvorstellung zu halben Kassenpreisen: „Er und seine Schwester“.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Bucer. Gegen den Kaufmann K. ist Anzeige wegen Preismachers erlattet worden. Er soll halbwohleren Anzugstoff für 460 Mk. pro Meter verkauft haben. — Wegen übermäßiger Preissteigerung beklagt man sich auch in dem Wucheramt elf Ballen Bettlatten bei einem Zita am Alteydam. Die Ware war von einer thüringischen Fabrik mit 28 bez. 31 Mk. pro Meter eingekauft worden und sollte zu 130 bzw. 140-Mk. verkauft werden. In einem Fall ist der Verkauf zu diesem übermäßig hohen Preis auch nachgewiesen worden.

Kiel. Das Städtische Lohn- und Arbeitsamt wird zum 1. April aufgelöst. Seine Tätigkeit wird auf den staatlichen Schlichtungsausschuß übergehen.

Küppeln. Zur Warnung für Leichtgläubige und solche, die nicht alle werden, kann wieder nachfolgender Vorfall dienen. Kommt da zu der Arbeiterfamilie K. eine Zigeunerin. Sie gibt sich als Reisende für Schäfer M. aus. Es gelangt der Fremden, Frau K. drei Flaschen Medizin für 350 Mk. aufzubeden, welche angeblich dem Sohne in neun Wochen Heilung bringen sollten. Dann fragt die Fremde geheimnisvoll, ob K.'s nun einmal ihr Unglück sehen wollten, dann sollte ein Handtuch und ein ganz frisches Hühnerfleisch gebracht werden. Das wurde in ein Tuch gewickelt und Frau K. mußte es zertreten. Aus dem Handtuch entlassene Fieseln deutete die Fremde nun eine ganze Geschichte an. Hierauf sollte das erparte Geld herbeigeschafft werden. Als nur 100 Mark gebracht wurden, erklärte die Frau, es müßten neun Stück sein. Mit dem nun herbeigeschickten Geld, es waren 450 Mark, wurde kreuzweise über ein Handtuchbündel gestrichen und dieses dann verknüllt. Die ganze Familie mußte drei Rnoten in das betreffende Handtuch machen und hiernach mußte noch ein neues Bettuch zur Stelle, in welches das Ganze gepackt wurde. Das Geld ließ sich die Fremde aufgerollt in ihre Taschentücher stecken, um alles, nachdem sie es über drei Felscheiden getragen und das Handtuch auf einem Kirchhof vergraben, nach genau neun Tagen — — zurückzubringen. Als dann die Fremde sich eilig entfernt und mit ihrem Begleiter, der im Chauvegraben auf sie gewartet, auch schlunig das Dorf verließen hatten, ging den K.'s ein Licht auf und umgehend wurde die Gendarmerie benachrichtigt. Dieser gelang es, die Personen festzunehmen.

Braunkohlengers. Ausnutzung eines Braunkohlengers. Das vor Jahrzehnten begonnene infolge Wassereintruchs, und mangels nötiger Mittel wieder stillgelegte Braunkohlengruben Trabahn dürfte demnach wieder neu erziehen. Die Kohlenfelder sollen nun einem kapitalkräftigen Konsortium gekauft worden sein. — Festgenommen der Mörder? Hier wurde ein fremder Raubmörder festgenommen, auf den die Beschreibung des einen Raubmörders aus Gameln paßt. Er leugnet die Tat und konnte nicht überführt werden. Die Leichenschau ergab daß die Mörder mit viehischer Rohheit die Kinder umgebracht haben.

Bremen. Zum Streit der Bremer Straßenbahn. Auf das Ultimatum der Direktion hin, monach bei Vermeidung fruchtloser Entlastung sich bis Mittwoch nachmittag die Streikenden weder zur Arbeit zu melden hätten, fand Mittwoch vormittag eine stark besuchte Versammlung der Straßenbahner statt und beschloß nach verschiedenen Referaten einstimmig den Streik fortzusetzen. In einer Entschuldigend wurde insbesondere betont, daß die Straßenbahner nicht gewillt seien, ihr Koalitionsrecht und nach abgelaufenen Tarifverträgen das Recht der Arbeits-einstellung preiszugeben.

Bezirkskonferenz der Arbeiter-Jugendvereine Mecklenburg-Lübeck.

Der Konferenz in Malchin ging am Vorabend eine Jugendfeier voraus. Die Einwohnerchaft Malchins und die Jugend selber waren der Einladung zahlreich gefolgt. Die Feier verlief recht harmonisch. Rezitationen, Volkstänze und Musikstücke wechselten in bunter Reihenfolge. Den Abschluß des Abends, der allseitige Zustimmung fand, bildete das Stück „Spielmann Schuld“. Die Art des „Spielmann Schuld“ erfordert die Auf-führung in freier Natur; es konnte denn auch das Stück nur in beschränktem Maße zur Geltung kommen.

Am Sonntag, vormittags 8 Uhr, begann die Konferenz. Vertreten waren, wie durch die Mandatsprüfungskommission festgestellt wurde, 16 Orte mit 33 Delegierten und von Neutalen und G-Dberg — wo demnachst Jugend-Gruppen gegründet werden sollen — je ein Vertreter der Partei. Mit einem gemeinsamen gesungenen Liede wurde die Tagung eröffnet. Der Vorsitzende Gen. T. J. Lübeck erteilte nachher folgenden Gästen zur Begrüßung das Wort: Stadtrat Gen. König, im Namen des Rates von Malchin, Gen. B., als Vorsitzender der SPD. Malchin, Gen. Brehmer i. A. d. Bezirksverbandes Mecklenburg-Lübeck der SPD, Gen. Clajé als Vertreter der Landtagsfraktion.

Gen. Teß-Lübed erstattete den Geschäftsbericht. Das abgelaufene Geschäftsjahr berichtet uns von den Hoffnungen, daß wir auch im nächsten Jahre weiter kommen und nicht mit unserem Mitgliederbestand hakt, sondern neue Mitglieder in großer Zahl aufnehmen werden. In der Vertiefung unserer Bewegung ist im verflossenen Jahre vieles geleistet worden. Neue Ortsvereine wurden gegründet und neue werden folgen. Unsere Veranstaltungen und Zusammenkünfte, Leiterkurse usw., unser „Mittelungsblatt“ hat viel getan, um unsere Bewegung vorwärts auf unserer Bahn zu bringen. Es erstatten nun Bericht die Unterbezirksleiter: Warczycki-Güstrow: Im Unterbezirk Güstrow hat sich die Einteilung des Bezirks in Unterbezirke noch nicht auswirken können. Unendlich notwendig ist die Unterstützung der kleineren Ortsvereine bei Veranstaltungen.

Bliemer-Neustreiß: Der Unterbezirk Neustreiß hat sich im verflossenen Geschäftsjahre gut entwickelt. Unser Bezirk ist aber nicht zu vergleichen mit einem anderen, weil wir verhältnismäßig viele kleinere Ortsvereine haben, dennoch haben auch wir gut gearbeitet.

Paul Schullz-Kostof: Für den Unterbezirk Kostof kann ich ein Steigen der Ortsvereine von 3 auf 7 berichten. (Allseitiges Bravo!) Wir müssen versuchen, in Wismar wieder eine Jugendbewegung ins Leben zu rufen. Ostern veranstaltet der Unterbezirk Kostof eine große Zusammenkunft in Neubutow.

Henze-Lübed: Im Unterbezirk Lübed ist die Arbeit erst vor einem halben Jahre aufgenommen. Wir haben auch Neugründungen vorgenommen und unseren kleineren Ortsvereinen viel gegeben durch Unterstützung bei ihren Veranstaltungen.

Lübbe-Schwerin: Wir hatten bis jetzt noch kein ordentliches Heim. In letzter Zeit wird es besser, wir bekommen ein neues Heim (Domhof). — Neugründungen haben wir wenig aufzuweisen (eine Neugründung). Bei letzterer sind wir auf das Land gegangen, haben einen Abend veranstaltet und guten Erfolg gehabt.

Beese-Kostof wünscht, daß in Zukunft die Unterbezirksleiter ausführlichere Berichte geben. Wir müssen mehr aufs Land hinaus.

Puffow-Lübed: Lübed muß, wenn der Preis für das „Mittelungsblatt“ so gestellt werden soll, wie der Bezirksvorstandsantrag es will, also auf 80 Pfg., auf das Blatt verzichten, oder das Obligatorium aufheben.

Ferdinand-Gnolen: Unser Ortsverein ist noch sehr schwach. Es ist uns nicht gelungen, so schnell finanziell hochzukommen. Wir haben schwer zu kämpfen mit dem evangelischen Jugendverein.

Leverenz-Kostof: Wir dürfen nicht warten, bis die Jugendlichen kommen, wie der Genosse Henze sagt. Die Jugendlichen gehen nicht so frei aus sich heraus. Wegen des Antrages Warczycki, im Herbst eine Werbeweche zu veranstalten, glaube ich, daß für die Werbeweche vor allem Ostern in Frage kommt. Es ist dies auch noch zu machen. Jetzt ist es Zeit, wo es zum Sommer geht. Wir können die Jugendlichen nicht gleich mit Sozialismus füttern. Gerade der Sommer ist dazu angetan, die Jugendlichen zu halten. Die Kassenführung der Unterbezirke muß besser werden.

Johannsen-Waren: Der Verzug des Bestehens unseres „Mittelungsblattes“ ist groß. Die Lübeder Genossen werden es sich auch noch überlegen und das „Mittelungsblatt“ beibehalten. Die Blätter tragen alle dazu bei, die Allgemeinbildung zu fördern. Der Fußballsport trägt nicht dazu bei, die Gemeinschaft zu fördern. Es ist eine übertriebene Auswirkung der Körperpflege. Wir wollen neben der Körperpflege nicht die geistige Ausbildung zurückstellen lassen. Wir sind kein Sportklub, sondern eine Lebensgemeinschaft. — Den Bücherausstellungen muß mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Mit den Büchern, die zu Weihnachten vom Bezirksvorstand versandt wurden, sind wir nicht zufrieden.

Storffson-Kostof: Es ist unsere Pflicht, das „Mittelungsblatt“ trotz der großen Herstellungskosten zu halten. Wenn wir es nicht täten, sämen wir gewiß plötzlich um einige Jahre zurück. Wir dürfen den Wert unseres „Mittelungsblattes“ nicht verkennen, und müssen am Ausbau unablässig arbeiten. Wenn darüber geillert wird, daß unser Blatt im Verhältnis zu unserer Verbandszeitschrift zu teuer ist, so erklärt sich das aus der Massenaufgabe der Verbandszeitschrift. Die Geldentwertung zwingt auch uns, unseren Beitrag usw. heraufzusetzen. — Zu dem Punkte Geschäftsbericht sprechen noch mehrere Genossen.

Die Abstimmung über den Vorstandsanzug, den Verbandsbeitrag pro Monat und pro Mitglied auf 50 Pfg. heraufzusetzen, ergibt eine große Mehrheit für den Antrag. Der Preis für das „Mittelungsblatt“ beträgt von jetzt ab 80 Pfg. pro Stück. Dieser Antrag wurde ebenfalls angenommen.

erner wird beschloss, eine Einkaufszentrale zu errichten. Der 2. Vorsitzende soll der Leiter derselben sein. Die Einkaufszentrale hat den Zweck, unsere Jugend mit geeigneter Lektüre und guten Wanderartikeln zu versehen.

Die Vorstandswahl ergibt die einstimmige Wiederwahl des Gen. Teß-Lübed zum 1. Vorsitzenden, des Gen. Ostermeier-Lübed zum 2. Vorsitzenden. Als Schriftleiter wurde Gen. Storffson-Kostof einstimmig wiedergewählt. Als Unterbezirksleiter wurden wiedergewählt die Genossen Schullz-Kostof, Bliemer-Neustreiß, Warczycki-Güstrow, Henze-Lübed, Lübbe-Schwerin.

Der Bezirksvorstand wurde beauftragt, nach einem zentralgelegenen Ferienheim Umschau zu halten. Richtlinien für die Arbeit in den Jugendpflegeauschüssen werden im Laufe des Jahres herausgegeben.

Es wurde beschlos, folgende Resolution an den ADGB abzugeben:

„Die am 18. und 19. März 1922 in Malchin tagende Bezirkskonferenz der Arbeiter-Jugend“ Mecklenburg-Lübed richtet an den „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund“ zur Weiterleitung an die Zentralvorstände der Gewerkschaften die Bitte, mehr wie bisher dafür Sorge zu tragen, daß bei Tarifabschlüssen Vereinbarungen über Lehrlinge und deren Entlohnung, Ferien usw. aufgenommen werden. — Die Konferenz erkennt an, daß dies das Bestreben des ADGB war, glaubt aber, angesichts der Tatsache, daß noch in vielen Berufsgruppen keine Vereinbarungen über Lehrlinge bestehen, darauf aufmerksam machen zu müssen.“

erner wurde ein Antrag des Unterbezirks Kostof angenommen, der besagt:

„Die Bezirkskonferenz erwartet von der Schriftleitung unserer Zeitschrift „Die Arbeiter-Jugend“, daß mehr wie bisher über den Jugendschutz geschrieben wird. Die Bezirkskonferenz erwartet ferner von der Schriftleitung, daß, wie in früherer Zeit, die Rubrik „An den Pranger“ oder „Lehrlingsmißhandlung“ wieder eingeführt wird, damit die Lehrgeschehnisse in der Lehrlingsausbildung zur allgemeinen Kenntnis gelangen.“

Als Delegierte zur Reichsausschuß-Sitzung wurden die Genossen Teß-Lübed und Beese-Kostof gewählt. — Nach längerer Debatte wird beschlos, den Jugendtag Pflingsten in Kostof stattfinden zu lassen. Die Vorbereitungen sollen sofort beginnen.

Genosse Aug. Albrecht vom Hauptvorstand hielt einen Vortrag über „Unsere Bewegung im Reiche“. Der Vortrag bot des Lehreichen viel. Es ist zu wünschen, daß unsere Delegierten die Anregungen gut verwenden.

Zum Schluß wurde eine Resolution eingebracht, die durch Genossen Storffson-Kostof ihre Begründung fand:

„Gegen die neuerdings wieder auftauchenden Versuche der Unternehmer, den Achtstundentag zu durchbrechen und für Lehrlinge die 54-Stundenwoche einzuführen, legt die wertfällige Jugend bei Mecklenburg und Lübed mit aller Entschiedenheit Verwahrung ein. Sie fordert von Regierung, Reichs- und Landtag den Schluß und insbesondere den Ausbau ihrer durch die Verfassung gewährleisteten Rechte. Sie erwartet gesetzliche Maßnahmen zur Erweiterung des Jugendschutzes und die baldige Herausgabe des Arbeitszeitgesetzes. Die arbeitende Jugend bei Mecklenburg und Lübed stellt sich rückhaltlos hinter die Forderungen des Reichsausschusses der Arbeiter-Jugendorganisation, wie sie in einer Denkschrift an die Reichsregierung festgelegt sind, und verpflichtet sich, mit aller Kraft dafür einzutreten.“

Den Abschluß bildete eine machtvolle Demonstration für den Jugendschutz!

Gewerkschaften.

Kampf im englischen Schiffbau. Da die Arbeitnehmer sich eine weitere Lohnerhöhung zum 29. März angebrochte Lohnherabsetzung nicht gefallen lassen wollen, drohen die Arbeitnehmer mit einer Aussperrung der Werftarbeiter, von der nicht weniger als 300 000 Arbeiter betroffen würden. Der Generalrat der Trade-Unions trat vorerst zusammen, um zu den Forderungen der Arbeitgeber und zur Einberufung eines außerordentlichen Kongresses der Trade-Unions Stellung zu nehmen. Der Kongress soll die Forderungen für die Ausgewählten erörtern und über ein abschließendes Vorgehen beraten. Nach der Laugung des Generalrates wird eine gemeinsame Konferenz des Generalrates der Labour-Party und der Trade-Unions vorbereitet. Es ist möglich, daß ein allgemeiner Aufruf für alle Branchen ins Auge gefaßt wird. Die Führer der Labour-Party bemühen sich, eine Vermittlung herbeizuführen. Namens derselben brachte Klynnes die Angelegenheit im Parlament zur Sprache. Die Frage der Ueberstunden sei für die Arbeitnehmer nur ein Vorwand für ihre Ansprüche. Die Regierung habe Gelegenheit, dem Konflikt ein Ende zu machen. Die Arbeiter hätten fortgesetzte Anstrengungen zur Erhaltung des Friedens gemacht. Die Unternehmer hätten ihre persönlichen Vorteile jedoch brüsk zurückgewiesen und die Abstimmung in 47 Organisationen verlangt. Die Regierung könne intervenieren und habe dabei nichts anderes zu tun, als das Gesetz in Anwendung zu bringen. Für die Regierung erklärte Mac Namara, da die Abstimmung stattfinden müsse, sei es für die Regierung schwer, eine Untersuchungskommission einzulernen. Erst der Ausgang der Abstimmung werde erweisen, ob deren Einsetzung notwendig sei.

Streik des amerikanischen Kohlenproletariats. Aus Indianapolis wird gemeldet: Zu der Abstimmung sprachen sich 80% der Bergleute für den Streik aus. Der Dienstag ausgegebene Streikbefehl dürfte einen vollständigen Stillstand der Kohlenförderung zur Folge haben. Man glaubt, daß die Bedeutung der Wumpen und verschiedene andere technische Arbeiter ihre Tätigkeit fortsetzen werden. Im Streikbefehl heißt es, daß sich die Streikenden jedes Gewalttätigen enthalten sollen.

Aus aller Welt.

Todesurteile in Oberschlesien. Das Schwurgericht in Beuthen verurteilte die Grubenarbeiter Robert Nieler aus Deutsch Pfez und Karl Schwarz aus Klobberg, sowie den Wärter Joseph

Diez aus Wichowitz wegen Mordes an dem Landjäger Nohl aus Tobschadt während des polnischen August-Aufstandes 1920 zum Tode. In ihren Aussagen behaupteten die Angeklagten, daß sie von Sosnowice aus den Befehl erhalten hätten, alle deutschen Landjäger im ober-schlesischen Abtummungsgebiet zu beseitigen, wozu ihnen des öfteren eine schwarze Liste vorgelesen wurde.

Verhaftung einer Dresdener Frauenärztin. In Dresden ist die hier bekannte Frauenärztin Dr. med. Theresie Hauffa unter dem Verdacht des Verbrechens gegen das keimende Leben in Unterbringung genommen worden. Die übriken Beteiligten sind vorläufig auf freiem Fuß belassen. Die Keratin betriebe eine weite über Dresden reichende große Praxis. — Auf Veranlassung der Potsdamer Staatsanwaltschaft wurde gestern der Frauenarzt Dr. Otto Kronheim aus Brandenburg a. N. verhaftet. Dieser Arzt, der schon in mehreren Prozessen wegen Verachts der Beihilfe unverurteilt geblieben war, wird sich jetzt vor dem Schwurgericht wegen Verbrechens gegen das keimende Leben in vielen Fällen zu verantworten haben.

Genidbruch durch einen Hund. Im Regierungsbezirk Kassel kürzte der 43jährige Uferwärter Georg Loh bei der Verfolgung seines Hundes so unglücklich, daß er das Genid brach.

Ein eierfressender Hund. In Stolzenau überhäufte ein Hausbesitzer, der seit kurzem Hühnerzucht treibt, einen von den vielen frei umherlaufenden großen Hunden dabei, wie er ein Ei aus dem Nest nahm und es sich gut schmecken ließ. Bis heute hat der betreffende Züchter fast die Hälfte der Eier, die seine Hühner in dieser Zeit gelegt haben, dem Hunde überlassen müssen.

Ein Sarg für fünf Millionen Franken. Die Prinzessin von Braganza, die früher Frau von Ballenburg hieß und lange Zeit unter dem Namen „die Witwe mit der Million Dollar“ bekannt war, hat sich vor einiger Zeit nach Neapel eingeschifft. Sie fährt bei ihrer Rückkehr nach Portugal den herrlichsten Sarg, den es auf der Welt gibt, mit sich, einen Sarg aus Bronze und Silber, dessen Preis, wie man behauptet, etwa fünf Millionen belgische Franken beträgt. Dieser außergewöhnliche Sarg wiegt 500 Kilogramm und ist dazu bestimmt, den Leichnam des Prinzen von Braganza aufzunehmen, den ein italienisches Panzergeschiff nach Lissabon bringen soll, wo er beerdigt werden wird. Ist eine Gesellschaftsordnung nicht gut eingerichtet, die es möglich macht, daß man fünf Millionen Franken (das sind mehr als 80 Millionen Mark) ausgeben kann, um einen Toten unterzubringen, während Wohnungslose auf der Straße umherlaufen, auf der Suche nach einer Barade, wo sie Unterkommen finden können?

Der gebatene Hosenboden. Ein eigenartiger Unfall, würdig einer Schilderung durch unsern Wilhelm Busch, ereignete sich in Hannover am Misburgerdamm. Einige Knaben hatten auf einem Kirchplatz eine „fadenfeine“ Bratpfanne gefunden, die ihnen als Spielzeug gut genug dünkte. Sie banden einen Bindfaden an den Griff und während zwei Knaben sich davorspannten, ließ sich ein dritter, der sechs Jahre alte W., in der Bratpfanne sitzend, herumkutschieren. Durch die Reibung auf dem Asphalt des Bürgersteiges wurde die Pfanne so glühend heiß, daß dem kleinen Knaben, der darin saß, der Hosenboden durchbrannte und er Brandwunden am Gesicht erlitt. Auf der Feuerwehrlage legte man dem Knaben einen Notverband an.

Zusammenbruch einer dänischen Schiffswerft. Die Köge Schiffswerft in Köge schließt für 1921 mit einem Verlust von 11 Millionen Kronen. Das gesamte Aktienkapital ist verloren. Die Werft war erst vor einiger Zeit gegründet worden und man hatte in Dänemark große Erwartungen auf dieselbe gesetzt.

Die Kriesserverluste der Welt. Das Internationale Arbeitsamt veröffentlicht folgende Aufstellung über die Zahl der Kriegsverluste: Frankreich 1 500 000, Deutschland 1 400 000, Großbritannien 1 170 000, Italien 570 000, Polen 320 000, Vereinigte Staaten 246 000, Tschechoslowakei 175 000, Oesterreich 164 000, Südrußland 154 000, Kanada 86 000, Rumänien 84 000, Belgien 40 000. Für Rußland war keine Zählung möglich.

Sport.

V. T. B. I. — Viktoria Kiel I. Die Fußball-Abteilung des Arbeiter-Turn- und Sportvereins hatte am Sonntag Viktoria Kiel als Gast. Allgemein rechnete man wohl mit einer Niederlage des V. T. B. Letztere enttäuschten aber angenehm. Mit den Leistungen konnte man zufrieden sein, zumal einige Spieler lange nicht gespielt hatten. Die Kieler fanden den Lübedern aber nichts nach. Der Torwart war sehr gut, wogegen der Torwächter des V. T. B. kein Können nicht recht zeigen konnte, da er nicht viele Bälle bekam. Die Verteidiger schafften immer wieder Paß. Das Schönste an dem Spiel war die Ruhe, welche bei Spielern und Zuschauern herrschte. Die Zuschauerzahl ließ infolge der kalten Witterung zu wünschen übrig. Resultat des Spiels 2 : 1 (1 : 0) Ecken 6 : 4 für V. T. B. — Weitere Resultate: V. T. B. II — Sclutrup I 6 : 3. Schüler: V. T. B. I — Mark I 2 : 0. V. T. B. II — Viktoria 0 : 0. Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Freunden der Arbeiterpartei mitteilen, daß am ersten Oftertag auf dem Kaiserhof das Spiel der Gruppenmeister Hamburg und Kiel um die Kreismeisterschaft bis zur Entscheidung geschlagen wird. R.-S.

Inferate

finden durch den „überdecker Volksboten“ in den Kreisen des wertvollen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rednet, inferate im überdecker Volksboten.

Am 22. ds. Wts. entließ sich unser lieber Vater, Schmiedemeister u. Großvater, der Schmied **John Tiemeyer** im 74. Lebensjahre. In tiefer Trauer Karl Rode u. Frau geb. Tiemeyer, Aug. Vogt u. Frau geb. Tiemeyer, Heinrich Lels u. Frau geb. Tiemeyer, Lieschen Tiemeyer u. Adolf Erdmann (als Verlobter) u. 10 Enkelkinder. Lübed, 22. 3. 22. Drögert, 15a.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Lübed.

Nachruf! Am Montag, dem 20. März, nach einer treuer Kollege, der Straßenbahner **Johann Schlichting.** Ihre feinen Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, d. 24., nachmitt. 2½ Uhr auf dem Vorwerk Friedhof statt. Conderweg fährt 1.40 Uhr ab Markt. 14732) Die Ortsverwaltung.

Nach langem Leiden entließ sich meine liebe Frau, unsere gute Mutter **Alwine Koch,** geb. Quitzau im 62. Lebensjahre. Tief betrauert von **Friedrich Koch,** Armitr. 11c. Trauerfeier am Montag, dem 27. März, nachm. 1½ Uhr, in der Kapelle Borwerk. 114730

Junges Mann sucht ein. Sommer. Ang. unt. A 61 an die Sp. d. Bl. 114711

1 Paar G.-Stiefel, Gr. 41, fast neu, zu verk. 14724) Glandorstr. 9. I.

Neue G.-Arbeits-Schnürschuhe, Gr. 42½, zu vk 14719) Bülowstr. 5, III

Ein Konfirm.-Ans. d. vk 14715) Glandorstr. 9, I. I.

1 Zentner Futterartoffeln hat abzugeben 14731) Engelnstr. 29. I.

Eine Gartebude d. vk. 14737) Buselfstr. 26.

Zu verkaufen Schiffsinsel, Gr. 42. (14729) Bahmerstr. 85, II. rechte

Ambler- od. Klappwagen auch mit beschädigt. Verdeck zu vk. gel. (14721) Ang. m. Vr. u. A 62 a. d. F.

Dam. u. Kinder-Garb. Kommode Markt. fest. an Timm, Johannisstr. 46, III. 114719

Solange Vorrat reicht! Die beliebtesten **Seifenbäder** und **Seife** **Markthalle, Stand 9** Westphal & Nehlsen. 114733

Alle **Arbeiter** kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (14702) **Otto Albers** Markt 4 Kohnm. 10

Möbel 14714) Herren-, Spielt-, Schloß-, Zimmer-, Küben. **Roßts Möbellager** Fischergarnde 25/27. 114732

Großer Posten Einriedigungs-Pfähle 140 cm lang, 6 cm rund hart, besonders preisw. 10 Stück 25 Mk. Sonnabend bis 6 Uhr geöffnet. 114728 **F. Demuth & Co.** Gr. Gräpelgrube 4.

Sämtliche Sorten Felle, insbesondere Kalbfelle, Kanin, Ziegen und Schafflammern, desgl. Pferde-, Kuh- und Schweinehaarc tauen zu höchsten Preisen **Wagner** Goldkornstr. 8. S. 3414

Die Wölfe im Julek Nr. 150. Buchhandlung **St. Meyer & Co.,** Johannisstraße 41. **Paul Levi:** **Unser Weg.** Wider den Ausschuss 4 Mark. Buchhandlung **St. Meyer & Co.,** Johannisstraße 46.

Dr. Winkelmann, Stodsdorf, nimmt am Sonnabend, d. 26. März seine Praxis wieder auf. 114720

H. Schmidt, Uhrmacher Johannsstraße 26 **333 von Mk. 180 385 von Mk. 360.** 114723

Bruteier von meinen neuen hellgestreift. Plymouths Rocks. 114735 **W. Benthin, Marktstr. 44a.**

Billige Feuerung Coragus, Fern. 12.- Sort 21.- **Säuerung.** 114733) Adlerstr. 6.

Bekleidung

Törber & Goßmann
Feine Maßschneiderei.
Femur 2119.
Mühlenstraße 32.

J. H. Pein Markt 10/12.
Breite Straße 64/68.
Beste Bezugsquelle für Manufakturwaren, Betten,
Bettledern, Herren- und Knaben-Garderobe,
Arbeits- und Berufskleidung.

Arbeiter! Arbeitshosen, Kagen, Herren-
u. Jünger-Anzüge kauft man
am besten bei **O. Peter**, Glockengießerstr. 31.

F. A. Müller Leinen - Wäsche
Betteln
Braut- und Kinder-Ausstattungen.

Heinrich Waller Breite
Straße 60
Herrenartikel, Wäsche, Krawatten, Handschuhe,
Hüte.

Ernst Wehde Herrenartikel.
Beckergrube 33.

Hut-Richter Breite Straße 20.
Hüxstraße 44.
Femur 2443. Größte Auswahl. Billigste Preise.



Lübeck
Mühlenstraße 34

Reserviert für
Franzen & Co., Holstenstr. 31.
Herrenartikel.

J. H. Evers Tuchhandlung.
Beste Bezugsquelle
für Tuche, Anzugstoffe, Paletot- u. Hosenstoffe.
Lieferung auch durch sämtliche Schneider-
meister.

Berta Döhrmann Nchf.
Holstenstraße 18/15.
Spezialhaus für Putz und Modewaren.

Emma Rösch Johannisstraße 1, I.
Sämtliche Neuheiten in Hüten der Frühjahrs-
saison sind eingetroffen.

D. Wagner Damen- u. Kinderputz
Holstenstraße 8.

Carl Ritter gegründet 1801.
Spezialhaus f. Besatz-
artikel. Femur 2878. Breite Straße 26.

Handarbeiten modern, geschmackvoll
und preiswert kaufen Sie im Handarbeitsgeschäft
Ritz. Femur 3983. Obere Wahnstraße 1.

Richard Haase Breite
Straße 37.
Femur 2860. Pelzwaren.

Gebr. Hirschfeld Breite Str. 39/41
Telephon 106.
Modehaus für Damen- und Kinderkonfektion.

struve & Baumeister
Damenkonfektion und Kleiderstoffe. Manufaktur-
waren. Breite Straße 35.

August Haerder & Co.
Lübeck. Damen- und Herren-Bekleidung.
Seiden- und Kleiderstoffe. Baumwollwaren.

Joh. Holst inn. A. Lüders
Hüxstraße 65. Manufaktur- und Kurzwaren.

Karl Zegelin Johannisstraße 11.
Unterzeuge u. Strumpf-
waren. Knabenanzüge usw.

Friedrich Renner, Hüxstraße 49. Femur 2862.
Feine Herren- u. Mäd.-Schneiderei. Lager in- und
ausländischer Stoffe.

W. Rasm Johannisstraße 16.
Koussets jeder Art.

Favos, Johannis-
straße 7, Inh. A. Klaus.
Schneider, Reinigung, Färb.
Herren- u. Arb.-Artikel.

C. G. Torkul
Familienbesitzer 12 Wäsche-
meister, Herr.-Artikel.

Karl Frosch, Aegir-
damm 63. An- u. Ver-
kauf, Kleidungsst., Fräz-
Wäsche und Bettzeug.

Travemünde

J. U. Kröger Gegr. 1782.
Femur 1.
Travemünde, Torstraße 1. Kolonialwaren, Brenn-
materialien.

J. Rickman, Travemünde
Femur 113. Murgartenstraße 29/31.
Kolonialwaren, Brennmaterialien.

Geschäftliche Rundschau
und
Zeitungs-Dauer-Fahrplan

Möbel und Dekoration
Klootzen, Königstraße 65/67.
Möbel u. Dekorationen

Boldts Möbellager
Herren-, Speise-, Schlafzimmer und Küchen-
einrichtungen. Fischergrube 25/27.

Reserviert für
Johann Pamperin

**Lübecker Stahlfeder-
Matratzen-Fabrik** Inh.
Carl Mühlke jr.
Femur 2282. Hundestraße 44.

Carl Folkers Wohnungs-
Ausstattungs-geschäft.
Mariesgrube 28/25 und 29/32. Femur 2784.

Matratzenhaus Reinecke
Beckergrube 22.

Karl A. F. Westphal
Spezialgeschäft für Teppiche, Gardinen, Möbel-
stoffe usw. Untertrave 114/15, I., Ecke Holstenstr.

Ludwig Möller Mühlen-
straße 45.
Kunsthandlung, Kunstausstellung, Rahmenfabrik.

Tapeten

Gebrüder Heick
Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 351. Gegr. 1876.
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für
Innendekoration.

Rehm, Beckergrube
18.

Friedr. Matz Inhaber Paul
Engelbrecht.
Tapeten- und Teppich-Lager. Innendekoration.
Lübeck, Breite Straße 14. Fernsprecher 9076.
Gegründet 1808.

Eugen Zangerl Tapetenlager
Breite Straße 55, I.

**Lübeck-Büchener-Eisenbahn-
Gesellschaft**

Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.
Table with columns for Hamburg, Büchen, Eutin, Travemünde, and Segeberg. Includes departure and arrival times for various routes.

Wullbrandt & Co., G. m. b. H.
Rosengarten 10. Kanalstraße 8/6. Femur 2457. Kohlen, Koks, Briquets.

Erich Schaefer, Königs-
str. 45. Emaille-, Alum.-,
Hais- u. Küchengeräte.

Hans Köster Ingenieur.
Techn. Bureau.
Elektr. Licht- u. Kraftanlagen. Beleuchtungskörper.

Zeichen-Artikel für Schule und
Technik.
Seyler u. Liebig, Beckergrube 8.

H. Mecklenburg & Co.
Femur 99 und 29A. Mengstraße 52.
Park- und Pergamentpapier.

Joh. Möller Orthopädisches Maß-
geschäft.
Femur 1882. St. Annenstraße 19.

Dr. med. H. Wollermann & Co.
Bruchhändler, Leibbinder, sämtliche Artikel zum
Krankentherapie. Femur 2225. Beckergrube 2.

Heinr. Pagels Breite Str. 91/89,
Hüxstr. 6/16.
Für **stetig große Anzahl**: in Oefen,
Herden, Wäscheseife, Toiletten, Badewannen
Wand- und Fußbodenplatten, Fabrikat Villeroy &
Boch.

J. F. B. Grube Am Markt u.
Kohlmart 5.
Eisenwaren, Hais- und Küchengeräte.

Ernst Boie, Kanalstraße 24.
Versicherungen aller Art.

Otto Longuet Ueberrahme v.
Führleistungen
jeder Art. Femur 1991. Dankwartgrube 19/19

Fritz Berlien
Hüxstraße 107.
Samen- u. Futterhandlg.

Ernst Haukohl Mühlenstraße 49.
Glas, Porzellan, Hausstandssachen. Braune irdene
Waren.

Deecke & Boldemann
Wahnstraße 18. Versicherungen aller Art.

Ludwig Malzahn Haus-
und Hypothekenmakler.

Lübecker Badeanstalt
Femur 1249. Hüxstraße 130. Elektr. u. sämtl.
medizinische Bäder. Römische von 5 bis 6 Uhr.
Diensttag und Freitag für Damen

Heinrich Bade Vertreter von Diamant-
Priso- u. Mars-Fahrrädern. Reparaturen Fahr-
rad- u. Nähmaschinenhandlung. Mühlenbrücke 2a.

B. Glogner & Co. Kanal-
str. 82/84.
Eisen, Stahl, Schrot, Metalle.

Selig L. Cohn Femur 2158.
Wahnstr. 62.
Rohtprodukte, Eisen, Metalle.

F. Erdmann Glockengießerstr. 61. F. 2751.
Ankauf u. v. Rohprodukten, Eisen, Metallen, Akten,
Geschäftsbüchern zum Einstampfen.

Hermann Richelsen
Lübeck, Sandstraße 16. Aussteuer-Magazin in
Hais und Küche, Glas, Porzellan, Luxuswaren.

Friedrich Michael Samenhandlung
Breite Straße 83.

Grabmäler billigst. **Ludwig Bruhn**,
Gras- und Marmorwerk.

L. Ruhland Lübecker Kunststeinwerke.
Grabmäler, Bauartikel. Falkenstraße.

Banken u. Industrie

Bankhaus Fritz Kiemstedt
Kommandit-Gesellschaft, Lübeck, Holstenstraße 5.
Fernsprecher 8178, 983. Teleg.-Adr.: Nordbank.
Reichsbank-Giro-Konto. Postcheck-Konto Ham-
burg 82668. Erledigung sämtlicher Bankgeschäfte

Louis Wolff, Komm.-Ges.
Bank.

Alfons Frank & Co.
Bank.

**Verschub- und Spar-Vereins-
Bank in Lübeck** Fleischhauerstr. 17-19,
Ecke Königstraße. Depositen 4% bei 6 mon
Kündigung.

Reserviert für
Lubeca-Werke

Vereinsbrauerei Walkmühle
H. Lück. Femur 284. Lagerbier, Pilsner, Porter

B. Löt., Bohr., Leim. usw
verw. m. d. Blechn. „Hansa“

A. Röhrich Holstenstr. 2,
Ecke Schlüssel Zigarren,
Zigaretten, Tabak. F. 274

Lübecker Kautabak
von **Chr. Floto.** Zu haben in allen ein-
schlägigen Geschäften.

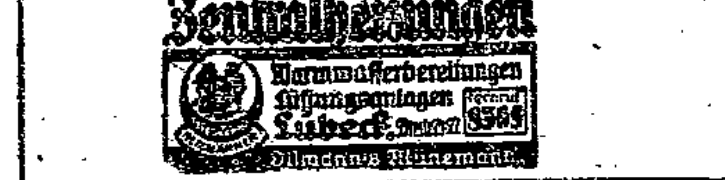
Wieghorst & Jasper
Inh. C. A. Jasper, Geibelplatz 4. Fernsprecher 518
Fabrikant d. Tabakfabr. Arnold Böninger, Duis-
burg Verk. z. Fabrikat. nur an Wiederverkäufer.

Hermann Wieghorst Am Markt,
Ecke Weiter
Krambuden Zigarren, Zigaretten, Tabak

Karl Jensen Zigarren-Spezialhaus.
Am der Mauer 34.

Heinrich Kähler Dornestraße 5
Tabak, Zigarren und Kolonialwaren.

Installation und Werkstätten



Ernst Püstow Elektrische Anlagen.
F. 8549. Mühlenstr. 71.

Carl Jenss Elektromechanische Werk-
statt. Hüxstr., Ecke König-
straße Musikwaren. Eigene Zahnarztpraxis.

Neu versilb. w. alte M.-talggegenst. bei Gegenzahlg.
v. altem Silber. **Joach. Fokuhl**, Mühlenstr. 77

Franz Heitzer Klempnerei, Installation. Fackelub
Allee 48. Beleuchtungsk., Hausstandss. F. 2808.

Geertz Hotel am Riesebusch.
Jed. Sonntag Konzert.

Uhren, Goldwaren große
preis-
werte Auswahl. Trauringe. Eiserne Reparatur-
Werkstatt. **Brüggemann**, Schwantau, Markt 18.

Ernst Biöcker am Markt. Kolonial-
u. Eisenwaren, Haus-
standartikel und Porzellan.

Fahrzeuge u. Nähmaschinen
G. m. b. H. Eutiner Straße 1.

Meierei Eitel Meiereiprodukte.
F. 2144. Schulstr. 1

Bäckerei u. Konditorei
Heinrich Rau, Kücknitz.

Karl Schumann, Malermeister, Kücknitz.
Ausführ. sämtl. Malearbeiten, einfach u. bess. Art.

Gasthof „Stadt Lübeck“
Inh.: **Ernst Faase**, Kücknitz.

Kaufhaus Max Kankel
Schlutup.

Willi Richter, Schlutup, Lübecker Str. 10.
Uhren. Reparaturwerkstätte.

Bäckerei und Konditorei Herm. Haase
Schlutup, Lübecker Straße 46.
Otto Liebenow Schlutup, Uh. u. Goldw.
Heinrich Thielbahr, Schlutup. Drogen,
Zigar., Zigaretten, Tabak, Farben, Kolonialwaren.